

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt:
Tageblatt Riefa,
General Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Bauamtsamts Meichen behördlich befugte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1553.
Verleger:
Riefa Nr. 22.

Nr. 50.

Dienstag, 28. Februar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Käufern für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewehr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Gewehrpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Gewehrzeitung (6 Blätter) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Weltzeitung 100 Gold-Pfennige; zahlender und tabellarischer Satz 50, Ausschlag, feste Tarife, Bemerkungen und die 20 mm breite Weltzeitung, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtstündige Arbeitszeitungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Erörungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riefa. Geschäftsverwalter: Wirthsstraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nölsch, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Erklärung der Reichsregierung im Reichstag. Reichstagsneuwahlen in der zweiten Hälfte des Mai.

11 Berlin. Im Reichstag wurde gestern das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und eines Teils der Demokraten abgelehnt, ebenso die Streichung des Gehalts des Reichskanzlers gegen die Stimmen der Kommunisten. Der Ausdrucksbeschluss, die Vertretung der Reichsregierung in München als künstlich wachsend zu bezeichnen, wurde bestätigt.

Berlin, den 27. Februar 1928.

Am Regierungstage: Vizekanzler Dietrich und das gesamte Reichskabinett.

Präsident Loh eröffnet die Sitzung um 15 Uhr. Es kommt sofort zu einem Zwischenfall. Auf der Podiumstribüne erhebt sich ein junger Mann und ruft in den Laut: "Hochvertrauter, mit Eure Pflicht, wir verlangen unser Recht!" Er verläßt dann sofort die Tribüne.

Präsident Loh erteilt dann dem Ableben des Abgeordneten Stolberg-Magdeburg (Soz.), der erst am 21. Dezember für den verstorbenen Abg. Silberstein in den Reichstag eintrat.

Auf Antrag des Abg. Zöcker (Komm.) wird der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung mit der heutigen Aussprache verbunden.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung

in Verbindung mit dem Etat des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichsanwaltschaft.

Vizekanzler Dr. Dietrich.

Er teilt zunächst mit, daß die Genehmigung des Reichskanzlers Dr. Dietrich fortwähre. (Rufe bei den Komm.: "Die politische Genehmigung nicht!"). Die Reichsregierung und der Reichstag seien einig in dem Wunsch einer baldigen völligen Genehmigung des Kanzlers (Weisfall). Dr. Dietrich erklärt, daß er mit dem Notprogramm der Regierung in allen Punkten einverstanden sei.

Durch das Scheitern der Verhandlungen über das Reichsfinanzgesetz, so erklärt der Vizekanzler dann weiter, wurde die Reichsregierung vor die Frage gestellt, wie die Gesamtheit der ihr obliegenden gesellschaftlichen Aufgaben zu bewältigen sei. Zwingende Bedürfnisse, vielfach bittere Not in den verschiedensten Bevölkerungsgruppen und Lebensnotwendigkeiten der Landwirtschaft, zugleich aber auch der Wunsch, die Produktivität des deutschen Volkes auf wichtigen Gebieten wiederherzustellen und zu heben, erheischen unmittelbare Hilfsmittel. Diese traten gebieterisch der Regierung entgegen, daß im Interesse der Ordnung unserer Staats- und Finanzverhältnisse der Etat verabschiedet werden muß.

Für das Reichskabinett gab es unter diesen Umständen nur einen Weg, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß vor dem Auseinandergehen des Reichstags ein funktionierendes Arbeitsprogramm noch durchgeführt werde. Wir haben kein geschäftsführendes Kabinett, sondern nur ein vorübergehendes Kabinett, die die volle politische Verantwortung für ihre Tätigkeit trägt. Die Reichsregierung befindet sich mit ihrer Auffassung in voller Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten.

Genau betreffend die einzelnen Teile des Arbeitsprogramms, abgesehen vom Etat, die Planationsmaßnahmen, die landwirtschaftliche Produktion und Maßnahmen für Kleinrentner und Sozialrentner. Durch Erweiterungen an einer Stelle darf die Tragfähigkeit des Gesamtprogramms nicht gefährdet werden.

Das Arbeitsprogramm erscheint daher als ein einheitliches Ganzes, das in einem Zuge verwirklicht werden muß. Aus diesem Grunde haben die vorbereiteten Beschlüsse eine Schlüsselstellung erhalten, wonach der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden soll. Dieser Zeitpunkt würde bei Annahme des Reichsfinanzgesetzes für 1928 auf den 1. April festzulegen sein.

Der Vizekanzler geht dann auf die einzelnen Abschnitte des Arbeitsprogramms ein.

Zum Kriegsschadensausgleich erklärt der Vizekanzler, daß die Regierung mit Entschiedenheit daran festhalten mußte, eine endgültige und abschließende Regelung zu treffen. Sie hat sich andererseits den Wünschen, wenigstens eine Entschädigung in höherem Ausmaße zu gewähren, nicht verschlossen. Die Reichsregierung ist daher unter möglicher Schonung der Haushalte des nächsten Jahres in der Bemessung des Gesamtschadenskapitals den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats gefolgt. Das bedeutet ein Mehr von rund 900 Millionen gegenüber der Regierungsvorlage. Von wesentlicher Bedeutung ist insbesondere die Gewährung der vollen Entschädigung bei Schäden nicht nur bis 2000, sondern bis zu 4500 Mark, die Erhöhung der Entschädigungsprozente für die Wirtshausgeschädigten und die Gewährung eines besonderen, nach 14 Jahren zu tilgenden Wiederaufbauzuschlags für die großen Geschädigten. Die Reichsregierung glaubt, daß auch die Geschädigten diese Vorschläge als eine Tat anerkennen, die zwar nicht die Wunden heilt, die aber den ersten Willen bereinigt, zum Wiederaufbau der zerstörten Erbsen beizutragen.

Der Vizekanzler bespricht dann das landwirtschaftliche Notprogramm. Er verweist auf das starke Anwachsen der

landwirtschaftlichen Produktion, die eine ernste Bedrohung für die rationelle Fortführung der landwirtschaftlichen Erzeugung bildet. Die Merkmale der krisenhaften Ausprägung hätten sich in den letzten Monaten bedauernd verschärft. Die Reichsregierung halte daher außer den Aufwendungen im Rahmen des bisherigen Etats eine Reihe weiterer Maßnahmen für notwendig. Für bedrängte landwirtschaftliche Betriebe solle eine Umschuldung von drückenden landwirtschaftlichen Schulden in niedriger verzinslichen Hypothekendarlehen herbeigeführt werden. In diesem Zwecke sollen die territorialen Kreditinstitute durch eine besondere Organisation unterstützt werden, an der auch Reich und Länder beteiligt sind. Um die Durchführung der Umschuldung zu beschleunigen, sollen den Instituten Kassenzuschüsse in Höhe von zunächst 100 Millionen gewährt werden. Für die landwirtschaftliche Genossenschaftswesen sollen 25 Millionen im Etat für 1928 bereitgestellt werden. Zur Förderung des Absatzes von Vieh und Fleisch sollen 22 Millionen durch Uebernahme einer Bürgschaft des Reiches im Haushalte der Reichsanwaltschaft und 8 Millionen im Ergänzungshaushalt 1928 angefordert werden.

Neben einer Stabilisierung der Viehpreise sollen die Preisspannen verringert werden. Eine wesentliche Förderung des Absatzes werde auch in der Erweiterung des Einheitspreissystems auf die Ausfuhr von Schweinen und Schweißfleisch bestehen. Ein entsprechender Vorschlag sei dem Reichstag eingeleitet.

Der Rentenbankkreditanstalt solle durch ein besonderes Gesetz die Möglichkeit gegeben werden, die landwirtschaftliche Produktion wirksam zu finanzieren. Durch Vereinbarungen mit den Ländern sei ferner eine Vereinfachung der Handhabung der veterinärpolizeilichen Grenzsperrn erreicht worden.

Ein gleichfalls dem Reichstag eingeleiteter Entwurf betraf das neue Weizenfleischkontingent auf 50 000 Tonnen, die der minderbemittelten Bevölkerung unmittelbar zugänglicher werden sollen.

Zur Förderung der Geflügelhaltung und des Eierabsetzes werde eine Million angefordert. Um ein sofortiges Einlegen öffentlicher Mittel zu ermöglichen, werde ferner ein Fonds von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Das vorgeschlagene Programm werde die landwirtschaftliche Krise nur mildern können. In ihrer Beseitigung seien weitere grundlegende Maßnahmen erforderlich. Der Vizekanzler kommt darauf an, daß soziale Programme zu sprechen. Eine gesetzliche Regelung der Rentnerversorgung sei im Augenblick nicht möglich.

Die Regierung wolle aber mit Nachdruck darauf hinwirken, daß die Kleinrentnerfrage liberal entsprechend dem Reichsgrundgesetz durchgeführt wird. Sie habe bereits dem Reichstag eine Verordnung zur Verringerung dieser Grundfläche vorgelegt.

Zur Verbesserung der Fürsorge seien im Etat für 1928 bereits 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus sollen weitere 25 Millionen Mark eingestellt werden, die zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden sollen.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung sei ein Gebot der Stunde. Es werde eine Erhöhung der Steigerungssätze um 40 Prozent vorgeschlagen. Dafür seien 100 Millionen jährlich erforderlich. Die Erhöhung solle am 1. Juli in Kraft treten. Auch für die Angehörigenversicherung werde eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen.

Zur Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung seien im Etat für 1928 bereits 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus sollen weitere 25 Millionen Mark eingestellt werden, die zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden sollen.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung sei ein Gebot der Stunde. Es werde eine Erhöhung der Steigerungssätze um 40 Prozent vorgeschlagen. Dafür seien 100 Millionen jährlich erforderlich. Die Erhöhung solle am 1. Juli in Kraft treten. Auch für die Angehörigenversicherung werde eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen.

Zur Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung seien im Etat für 1928 bereits 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus sollen weitere 25 Millionen Mark eingestellt werden, die zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden sollen.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung sei ein Gebot der Stunde. Es werde eine Erhöhung der Steigerungssätze um 40 Prozent vorgeschlagen. Dafür seien 100 Millionen jährlich erforderlich. Die Erhöhung solle am 1. Juli in Kraft treten. Auch für die Angehörigenversicherung werde eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen.

Zur Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung seien im Etat für 1928 bereits 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus sollen weitere 25 Millionen Mark eingestellt werden, die zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden sollen.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung sei ein Gebot der Stunde. Es werde eine Erhöhung der Steigerungssätze um 40 Prozent vorgeschlagen. Dafür seien 100 Millionen jährlich erforderlich. Die Erhöhung solle am 1. Juli in Kraft treten. Auch für die Angehörigenversicherung werde eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen.

Zur Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung seien im Etat für 1928 bereits 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus sollen weitere 25 Millionen Mark eingestellt werden, die zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden sollen.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung sei ein Gebot der Stunde. Es werde eine Erhöhung der Steigerungssätze um 40 Prozent vorgeschlagen. Dafür seien 100 Millionen jährlich erforderlich. Die Erhöhung solle am 1. Juli in Kraft treten. Auch für die Angehörigenversicherung werde eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen.

Zur Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung seien im Etat für 1928 bereits 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus sollen weitere 25 Millionen Mark eingestellt werden, die zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden sollen.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung sei ein Gebot der Stunde. Es werde eine Erhöhung der Steigerungssätze um 40 Prozent vorgeschlagen. Dafür seien 100 Millionen jährlich erforderlich. Die Erhöhung solle am 1. Juli in Kraft treten. Auch für die Angehörigenversicherung werde eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen.

Zur Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung seien im Etat für 1928 bereits 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus sollen weitere 25 Millionen Mark eingestellt werden, die zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden sollen.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung sei ein Gebot der Stunde. Es werde eine Erhöhung der Steigerungssätze um 40 Prozent vorgeschlagen. Dafür seien 100 Millionen jährlich erforderlich. Die Erhöhung solle am 1. Juli in Kraft treten. Auch für die Angehörigenversicherung werde eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen.

Zur Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung seien im Etat für 1928 bereits 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus sollen weitere 25 Millionen Mark eingestellt werden, die zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden sollen.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung sei ein Gebot der Stunde. Es werde eine Erhöhung der Steigerungssätze um 40 Prozent vorgeschlagen. Dafür seien 100 Millionen jährlich erforderlich. Die Erhöhung solle am 1. Juli in Kraft treten. Auch für die Angehörigenversicherung werde eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen.

Zur Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung seien im Etat für 1928 bereits 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus sollen weitere 25 Millionen Mark eingestellt werden, die zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden sollen.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung sei ein Gebot der Stunde. Es werde eine Erhöhung der Steigerungssätze um 40 Prozent vorgeschlagen. Dafür seien 100 Millionen jährlich erforderlich. Die Erhöhung solle am 1. Juli in Kraft treten. Auch für die Angehörigenversicherung werde eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen.

Die Redner der bisherigen Regierungsparteien, die Abgeordneten v. Guérard (Zentr.), Dr. Scholz (Soz.), Graf Helldorf (Nat.) und Reich (Soz.) erklärten ihre Bereitwilligkeit zur Berücksichtigung des Etats, des Nachtrags- und des Notprogramms; die Abgeordneten v. Guérard, Dietrich-Baden (Zentr.) und Dreyer (Soz.) machten dabei die Einschränkung, daß sie sich die Stellungnahme zu den einzelnen Teilen des Notprogramms vorbehalten müßten, bis die Vorlagen dem Reichstag zugegangen sind. Ebenso wie die Redner der Linken, erklärte auch der Zentrumsführer v. Guérard, daß er die bestehende Regierung der Sachlage nach nur für ein geschäftsführendes Kabinett halte, das lediglich die ihm von den Fraktionen übertragenen dringenden Aufgaben noch durchzuführen habe. Der Rechenstellung oder Befürwortung von Beamten durch dieses Kabinett würde sich das Zentrum widersetzen.

Bei den Abstimmungen zum Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichsanwaltschaft wird ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Reichsvertretung in München gegen die Linke und die völkischen Gruppen abgelehnt. — Der Haushalt wird bewilligt.

Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und einen Teil der Demokraten abgelehnt. Die Streichung des Gehalts des Reichskanzlers wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Der Ausdrucksbeschluss, die Vertretung der Reichsregierung in München als künstlich wachsend zu bezeichnen, wird ohne besondere Abstimmung bestätigt.

Um 19 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf heute Dienstag 14 Uhr: Haushalt für Vorjournale und Ruhegehälter und Landwirtschafts-Etat.

Die Regierungserklärung im Spiegel der Berliner Presse.

Berlin. (Tel.) Die Beurteilung der politischen Lage auf Grund der Regierungserklärung und der daran anschließenden Debatte durch die Berliner Blätter ist sehr verschieden.

Die "Tägliche Rundschau" weist daraufhin, daß die Regierungserklärung einen günstigen Eindruck hinterlassen habe. Wenn die Demokraten und Sozialdemokraten auch am Montag wie bei früheren Gelegenheiten erklärt hätten, sie seien zur Mitarbeit bereit, so würde man sich doch täuschen, wenn man etwa von der Opposition irgendwelche Rücksicht auf die parlamentarische Lage und die sachlichen Notwendigkeiten erwarten wollte. Es sei indessen am Montag von allen Vertretern der bisherigen Regierungsparteien auch von dem der Wirtschaftspartei, die Bereitwilligkeit zur Berücksichtigung des Programms betont worden. Es sei also die Grundlage für die dringende notwendige praktische Arbeit vorhanden. Das sei nicht sehr fest, unterliege seinem Zweifel, aber sie könne sich bei dem guten Willen der bisherigen Regierungsparteien durchaus als tragbar erweisen.

Die "Germania" sagt, im ganzen habe die Debatte in der Frage, ob sich das Notprogramm durchzuführen lassen werde oder nicht, endgültig Klarheit nicht geschaffen. Es werde deshalb ein ungewöhnliches Maß von Disziplin und Selbstherrschung aufzubringen sein, damit die Höhe der Aufgaben überwunden und die dringenden gesellschaftlichen Aufgaben erledigt werden könnten. Es erweise untragbar, daß die Opposition mit einer Fülle von Reklamationsanträgen komme und sich Wahlparolen schaffe, während die von Verantwortung durchdrungenen Parteien, um das Werk zu Ende zu führen, sich ihre Position verschlechtern ließen.

Der Sozialdemokrat verweist Angaben darüber, ob das Kabinett, falls die Durchführung des Programms bis zum festgesetzten Termin scheitern sollte, noch immer entschlossen sei, im Sinne des Kommunismus vom 18. Februar den Reichspräsidenten um Auflösung des Reichstags zu ersuchen. Das Blatt stellt aber fest, daß die Vertreter einer Mehrheit praktische Mitarbeit am Notprogramm zu suchen.

Die Deutsche Tageszeitung weist daraufhin, daß dem Reichstag und seinen Fraktionen mit dem Notprogramm noch einmal eine allerletzte Chance gegeben sei. Ermutigende auch hier wieder über die politische Vernunft kleinlicher Parteigeist, so würden sich die Vertreter dieser Sorte Parlamentarismus nicht wundern dürfen, wenn Situationen entstünden, in denen man über sie mit schließlichen hinweggeht.

Die Völkzeitung meint, nach der Erklärung Herrn von Guérards und den Reden der Opposition werde man es schließlich finden, daß der Verlauf der Debatte am Montag nicht dazu beitragen habe, die Sorgen hinsichtlich der rechtzeitigen und reibungslosen Durchführung des Notprogramms zu vermindern.

Die Völkzeitung sagt, auch nach der Regierungserklärung vom Montag wählten die Oppositionsparteien nur welche Vorlagen in den nächsten Tagen eingebracht werden sollten, aber nicht wie sie im einzelnen gestaltet sein würden. Wäre die Reichsregierung so loyal wie die Opposition und würde sie, im Bewußtsein ihrer jetzigen eigenartigen Stellung, sich tatsächlich darauf beschränken, vom Reichstag zu fordern, was das allgemeine Interesse heißt, dann brauche sie um die Verwirklichung ihres Programms nicht besorgt zu sein, aber manches, was man über den Inhalt der Vorlagen hört, zwingt zur Vorsicht.

Auch der Völkzeitung ist der Auffassung, daß sehr viel davon abhängt wie die einzelnen Fraktionen die noch aus-

Prediger in der Wüste.

In Genf ist nach vielem Reden und programmatischen Erklärungen die Generaldebatte des sogenannten Sicherheitsausschusses beendet worden. Man hat, wie jeder sich überzeugen konnte, mit dieser Aussprache so gut wie nichts erreicht, die alten Gegensätze bleiben nach wie vor mit derselben Unüberbrückbarkeit bestehen, keine Gruppe hat etwas von ihrer eigenen Ansicht zugunsten der Ansicht einer anderen abgetan — aber nichtbedeutender, man ist in Genf bereits in die Spezialdebatte eingetreten. Wenn man eine latente Überdosis hat, so kann man das ganze Drum und Dran in Genf satirisch bewerten. Wenn man sich jedoch vor Augen hält, daß das, was in Genf augenblicklich verhandelt wird, eine Angelegenheit ist, die Deutschlands Zukunft aufs tiefste beeinflußt, so wird man besser daran tun, diesem Genfer Possenspiel die bittersten Empfindungen zu leihen.

Was in den letzten Tagen in der blauen Seestadt agiert, behandelt und programmatisch formuliert wurde, war der Versuch, die Sache selbst mit einer ausgeklügelten Dialektik zu vertuschen. Vogel-Strauß-Politik könnte man sagen. Aber man würde erklären, daß vor den verschlossenen Türen der Genfer Ausschüsse ein Wort sich befindet mit der Aufschrift: „Lieber die Sache selbst darf nicht geredet werden!“ Die Dialektik der Worte bewegte sich um Ideale, aber in Wirklichkeit handelte es sich um ganz etwas anderes. Man redete und diskutierten über die Sicherheit. Weil eben dieses Wort „Sicherheit“ ein so wunderprächtig und zugrätigendes Schlagwort ist, eine Kulisse, hinter der man so ziemlich alles machen kann, ein Pfäferchen auf das Gewissen der Weltöffentlichkeit, ein Pfäferchen, das schamhaft vertritt, was nicht ans Licht bringen soll.

Herr von Simon, Deutschlands Vertreter, hat in Genf in einer wohlgeleiteten Rede logisch und überzeugend klar ein Programm dargelegt, das wirklich dem Ziel dienen könnte, das sich dieser sogenannten Sicherheitsausschuss als Motto über seine Arbeiten gebildet hat. Dieses Ziel soll nach dem Motto heißen: Verhütung des Krieges, also der Völkerverdrängung, Aufhebung der Weltfriedenslosigkeit Deutschlands, auf die Wirtlichkeitslage des Reiches zum Völkerbund, auf die in Locarno abgeschlossenen Sicherheitsverträge, auf all die großen Opfer, die das deutsche Volk in den letzten Jahren zugunsten einer völligen Sicherheit aller Völker brachte, erklärt das deutsche Programm alle Voraussetzungen für die in Aussicht gestellte, mit Biele und Siegel verbundene Abrüstung für erfüllt. Eine durchaus überzeugende, für jeden unbereinigten Beobachter der Verhältnisse logische Definition. Eine Definition, die sich zwangsläufig folgern läßt aus dem Sinn und dem Zweck des Locarno-Vertrages, der, wie alle Beteiligten hoch und heilig und ständig behaupten, an die Stelle des alten Völkervertrages das Vertrauen gesetzt hat, den Willen zu einer friedlichen Zusammenarbeit an den Geschicken aller Völker. Dabei steht zu beachten ist, daß Deutschland in seinem Rechtsstandpunkt sich dem Sinn des Versailler Vertrages und der anderen Sicherheitsverträge anschließt, der ja bekanntlich auf Grund der nun endgültig hergestellten Sicherheit die Weltabstimmung verheißt, den ewigen Völkerverträgen, die Beteiligung aller Kriegsverfahren. Auf diese Formel gebracht lautet somit die deutsche Forderung: Friedensgarantie auf der Grundlage der bereits geschaffenen Sicherheitsgarantie.

Diesem deutschen Programm steht auf der Gegenseite kein sachlicher Einwand gegenüber, sondern lediglich eine ausgeklügelte sophistische Dialektik. Eine Dialektik, die der französische Sozialist Paul Boncour aus geschicktesten Händen weiß. Man spricht auf Seiten der französischen Gruppe in Genf beileibe nicht von dem, was man wirklich meint. Man ist dort höchst diplomatisch und negiert, nicht weil eine Negation sich aus den Tatsachen ergibt, sondern weil dieses Negieren den Weg ebnet zu dem Ziel, das, abgesehen von Schamhaft nicht erwähnt wird, doch allen offenbar ist. Trotz Locarno und den deutschen Opfern besteht auch heute noch der Interessengegensatz zwischen den Siegern und den Besiegten in der krassesten Form wie einst, als hinter den Ständehilfsgesetzen von Versailles die Ententebelegten mit den Deutschen sich „Kriegsblut“ über die Ausgestaltung des „Friedens“ unterhielten. In der Zwischenzeit hat zwar Deutschland völlig abgerüstet, es hat die Neutralität der Rheinlandezone garantiert, es hat den Vertrag von Locarno unterzeichnet und ratifiziert, es hat dem Dawes-Plan seine Billigung gegeben, es hat als einzige Großmacht die Falsifikation des Haager Schiedsgerichtshofes unterschrieben, es hat der bolschewistischen Antikriegsresolution zugestimmt, es hat dem Völkerbund zugestimmt, das Sicherheitskomitee noch vor der Abrüstungskommission tagen zu lassen, es hat in einer Denkschrift jeden Schieds- und Vergleichsverfahren zur Kriegsverhinderung zugestimmt und hat in den letzten Wochen ein neues Programm überreicht, dessen Durchführung jeden Krieg unmöglich machen könnte. Deutschland hat somit in den zehn Jahren nach der Liquidierung des Krieges Opfer auf Opfer gebracht, von sich aus alles getan, was die Sicherheit der übrigen Völker garantieren könnte, eine Politik betrieben, die den Völkerverträgen verweigern will. Und zwar eine Politik nicht durch Worte, sondern durch Taten, die für sich selbst sprechen. Was hat es erreicht? Das Genf der letzten Tage hat es ungeahnt ausgedrückt: nichts. Paul Boncour sagt, es gibt noch keine Sicherheit. Es kann also auch keine Abrüstung geben. Und weil es eben keine Abrüstung geben kann, so organisiert die Politik des Herrn Paul Boncour den Völkerverdrängungskrieg zum Schutze des Status quo, d. h. zum Schutze des Versailler Friedensvertrages, der französischen Vormachtstellung, der Bereicherung des Begriffes „Sieg und Besiegte“. Die Dialektik der Herren in Genf, sie mag noch so voll Intelligenz sein, verständlich bleibt sie doch. Die deutsche Diktion, sie mag noch so überzeugend, klar und ehrlich sein, gegen den Absolutismus von Genf wird sie sich immer und immer wieder als wirkungslos erweisen, solange man dort nicht gewillt ist, dem Geiste zu dienen, der mit Buchstaben zwar ausgedrückt ist, aber nur Atropine bleiben soll. So werden die deutschen Delegierten in Genf immer die Prediger in der Wüste bleiben. Hören wird man sie zwar, vielleicht auch begreifen. Aber die Herzen werden sich ihnen nicht öffnen.

Deutschland und die Südtiroler Frage.

ob, Berlin. Die Stellungnahme Deutschlands zu dem Konflikt zwischen Italien und Österreich wegen Südtirol ist lediglich darum umhrieben, daß Deutschland ein kulturelles Interesse daran nehmen kann. Die Südtiroler Bevölkerung ist ein Glied der deutschen Kulturgemeinschaft, und Deutschland ist selbstverständlich daran interessiert, daß die deutsche Kultur erhalten bleibt. Im übrigen sind aber die Südtiroler lokale italienische Staatsbürger, und für Deutschland ist es daher in keiner Weise gegeben, sich in den Konflikt um Südtirol einzumischen.

Die Aussprache im Sicherheitskomitee.

Genf, 27. Februar. Das Sicherheitskomitee hat heute nachmittags die Aussprache über die Schlussfolgerungen des Berichtes von Politis über die Sicherheitsfrage beendet.

Der schwedische Delegierte nahm sehr entschiedene Stellung dagegen, daß die Verpflichtung gegenseitiger Unterhütung in Regionalpakt und gegen dritte, außerhalb des Regionalpakts stehende Staaten gelten soll, da sich sonst die Regionalpakts zu Defensivbündnissen alten Systems entwickeln könnten.

Auf seine Rede des rumänischen Vertreters, der besonderen Wert auf die Verpflichtung gegenseitiger Unterhütung legte, erwiderte der deutsche Delegierte, er halte den Vorschlag des rumänischen Vertreters für unangebracht. Er widerspreche durchaus der Auffassung, daß ohne mehrere Garantien die Abrüstung unmöglich sei. In diesem Zusammenhang zitierte Staatssekretär v. Simon Art. 8 der Völkerbundsstatuten, in dem die Völkerbundsmittglieder anerkennen, daß für die Aufrechterhaltung des Friedens die Herabsetzung der Rüstungen auf ein mit der nationalen Sicherheit und den nationalen Verpflichtungen vereinbares Minimum notwendig ist. Die durch den Völkerbundspakt gewährleistete Sicherheit, die nach der Auffassung der englischen, der deutschen, der schwedischen und anderer Delega-

tionen durchaus nicht unterschätzt werden dürfe, könne sehr wohl noch anders als nur durch Regionalpakts erhöht werden, zum Beispiel durch den finnischen Vorschlag zur finanziellen Unterhütung angegriffener Staaten und die deutschen Vorschläge, die durchaus greifbare Garantien böten, also eine Vermehrung der Sicherheit zur Folge haben würden. Er erinnerte schließlich an den großen Eindruck, den die Erklärung des chinesischen Delegierten im Sicherheitsausschuss unangenehm gemacht habe, daß es in Südamerika nur Nichtangriffspakte mit Einschluß der Verpflichtung zur friedlichen Regelung aller Streitigkeiten gebe, aber ohne irgendeine Verpflichtung zur gegenseitigen Unterhütung. Mit dieser Erklärung des deutschen Delegierten wurde die Aussprache über die regionalen Sicherheitsverträge abgeschlossen und die weitere Beratung dem Redaktionskomitee übertragen.

Eine interessante Wendung erhielt die Aussprache noch durch die Anwesenheit der Einrichtung entmilitarifizierter Zonen durch den italienischen General de Marinis. Paul Boncour sowie die Vertreter von Finnland und Kanada dagegen traten grundsätzlich für die Einrichtung entmilitarifizierter Zonen ein. De Marinis forderte schließlich, daß entmilitarisierte Zonen weder verlangt noch empfohlen werden dürfen.

Zum Tode Lidnowskys.

Auf seiner Bestattung in Kiel ist, wie wir bereits gestern kurz gemeldet haben, am Montag vormittag der frühere deutsche Botschafter in London, Fürst Karl von Lidnowskys, im Alter von 88 Jahren gestorben. Sein Tod kam verhältnismäßig überraschend, denn noch in den letzten Tagen war sein Gesundheitszustand durchaus zufriedenstellend. Mit dem Tode dieses ehemaligen deutschen Diplomaten scheidet ein Name aus der Mitte der Lebenden, der mit der Geschichte des Ausbruches des Weltkrieges eng verknüpft sein wird. Lieber die Londoner Mission Lidnowskys und die Art und Weise, wie dieser fürstliche Vertreter des kaiserlichen Deutschlands seinen Aufgabendienst beendete, ist viel geschrieben und geredet worden. Das eine werden ihm wohl Freund und Feind attestieren können: Fürst Lidnowskys gehört gewiß nicht in die Reihen der Kriegsbekämpfer oder derjenigen Diplomaten, die den Krieg vorbereitet haben, weil sie ihn wollten. Lidnowskys Gesamtstätigkeit in London war eingeteilt auf eine Atmosphäre der Verständigung zwischen England und Deutschland. Persönlich war er einer der liebenswürdigsten Vertreter, die das kaiserliche Deutschland je entsandte. Er war eine offene, ehrliche Natur, die bei jedem Mißtrauen auch die Diplomatie als die Kunst eines ehrlichen Spieles ansah. In England fand er auf Grund seiner gesellschaftlichen und persönlichen lebenswichtigen Eigenschaften große Sympathien, die sich ihm auch stets offenbarten. Auf Grund dieses Wohlwollens, das ihm alle offiziellen Stellen Englands entgegenbrachten, glaubte er, Rückschlüsse ziehen zu können auf die tatsächliche politische Stimmung der in England herrschenden Kreise gegenüber Deutschland. Er war bis in die letzten Tage des Friedens der felsenfesten Überzeugung, daß es zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Deutschland und England einfach nicht kommen könne. Seine diplomatischen Berichte, die er noch in den Wochen vor dem Ausbruch des Krieges nach Berlin sandte, waren sichtlich von dieser seiner ureigenen Überzeugung subjektiv stark gefärbt. Als dann das für ihn Unglaubliche wirklich eintrat, brach er sichtlich zusammen. Seine Lebensaufgabe sah er vernichtet, seine diplomatische Laufbahn sah er als ausgepielt. In den letzten Jahren beschränkte er seine Tätigkeit lediglich auf die Aufgabe, durch die Veröffentlichung seiner Memoiren und durch zahlreiche literarisch-politische Studien nachzuweisen, daß die Kritik, die sich an seine Botschaftertätigkeit in London knüpfte, unbegründet wäre oder zum mindesten sich auf falschen Voraussetzungen aufbaue. Seine Rechtfertigung lief schließlich auf einen Vorwurf gegen andere hinaus: „Alles wäre vielleicht noch anders gegangen“, so schreibt er in seinen Memoiren, „wenn ich in London keine Erlöse gehabt und das Verhältnis zu England sich nicht zusehends verbessert hätte! Das aber war unvereinbar! Der eine wollte meinen Völkern, der andere glaubte, ich wollte den seinen; auch glaubte man schließlich an die „Lokalisierung des Konfliktes“, schon weil ich anderer Ansicht war.“ Fürst Lidnowskys war zunächst nicht für die Diplomatenkarriere bestimmt. Nach Absolvierung seiner Gymnasialstudien trat er im Jahre 1882 beim Leibgarde-Regiment in Potsdam ein. Mitte der 80er Jahre wurde er als Attache an die Botschaft in London entsandt. Dort verblieb er bis 1886. Nachdem er endgültig aus dem Heeresdienste ausschied, trat er zum auswärtigen Amt über. Er wurde Vizekonsul in Stockholm, später kam er nach Konstantinopel und Bukarest. Im Jahre 1900 wurde er als vortragender Rat mit dem Rang und Titel eines außerordentlichen Gesandten in das auswärtige Amt berufen. Als sein Vater starb, übernahm er die Verwaltung der umfangreichen Besitztümer seines Vaters. Im Oktober 1917 trat man ihn den Botschafterposten in London an. Er nahm an und vertrat dann das Reich bis zum Ausbruch des Krieges in London.

Die Londoner Presse zum Ableben des Fürsten Lidnowskys.

London. Die Londoner Abendblätter bringen in großer Aufmachung die Nachricht vom Tode Lidnowskys. In Auszügen aus den Memoiren des Fürsten wird auf die Bemühungen des Londoner Botschafters um die Erhaltung des Friedens zwischen Deutschland und Großbritannien hingewiesen, die gegen seinen Willen schließlich zusammenbrachen.

Fürst Lidnowskys genoss in führenden Kreisen Englands überall das größte Ansehen und zählte Lord Oxford und Lord Grey zu seinen Freunden. Erst vor sechs Monaten war er zum letzten Male in England und stattete verschiedene alten Freunde, u. a. auch dem Herzog von Devonshire, einen Besuch ab.

Das Vorgehen gegen die Bababiten.

Basra. Die britischen Luftkräfte haben drei verschiedene Angriffsoperationen gegen die Bababiten ausgeführt, die vor einiger Zeit Irakstämme 88 Kilometer südwestlich von Basra geplündert hatten. Nach der amtlichen Mitteilung hätten bei einem dieser Angriffe die Bababiten 50 Tote verloren. In einem Falle wurde das Lager der Bababiten bombardiert. In den beiden anderen Fällen wurden zwei ihrer Abteilungen bei der Verteilung ihrer Beute überrascht. Es wurden Bomben auf sie geworfen; doch ist die Zahl ihrer Verluste unbekannt.

Die Riviera-Besprechungen.

an. Berlin. Die deutschen Botschafter in Paris und Rom, die Herren von Goeth und Neurath, sind bei Stresemann eingetroffen. Von offizieller Seite wird zwar erklärt, daß diesem Zusammentreffen keine besondere politische Bedeutung beizumessen sei, da Herr von Neurath, der in dem Land akkreditierter Botschafter sei, in dem der deutsche Reichsaussenminister sich augenblicklich aufhalte, wohingegen Herr von Goeth bereits seit dem 17. Februar Paris verlassen und sich bis jetzt aus familiären Gründen in Wien aufgehalten habe, bei Stresemann also gewissermaßen nur auf der Durchreise mit vorbeigekommen sei. In gleicher Zeit erzählt man aber, daß der Staatssekretär des Reiches, Herr von Schuberth, der in Absolvierung Stresemanns das Auswärtige Amt in Berlin geleitet hat, heute ebenfalls nach der Riviera fährt. Auch dieser Besuch soll ganz harmlos sein und auf einer schon längst getroffenen Verabredung beruhen, derzufolge Schuberth vor Beginn der Tagung des Völkerbundsrates nach mit Stresemann persönlich Rücksprache nehmen sollte. Das mag schon alles zutreffen. Man wird wohl aber doch die Vermutung äußern dürfen, daß die vier Herren nicht nur zu weiteren Beratungen vor Beginn der Tagung des Völkerbundsrates, sondern daß die laufenden Fragen der auswärtigen Politik, insbesondere der Konflikt zwischen Deutschland und Italien, dort sehr ausführlich besprochen werden. Herr von Goeth kommt aus Wien, Neurath aus Rom, Schuberth aus Berlin — die Zusammenkunft ist also ganz klar, und es ist nicht recht verständlich, warum das Auswärtige Amt verhehlt, Unterredungen als bedeutungslos hinstellen, deren Wichtigkeit auch für jeden Völkler klar ersichtlich ist. Daß eine solche Unterhaltung vor Beginn der Genfer Tagung stattfinden mußte, ist einfach eine Selbstverständlichkeit. Warum aber mußte das Selbstverständliche demantiert werden?

Erklärungen des Zentrums und der sozialdemokratischen Partei.

Berlin. (Tel.) Bei der Beratung des Notoprogramms in der letzten Sitzung des Reichstages betonte Abg. von Gumbel (Zentrum), daß der Bischof angeht habe, die Regierung sei kein reichsministerielles Kabinett. Demgegenüber müsse er feststellen, daß dadurch, daß eine der Regierungsparteien die Koalition gelöst habe, auch die Stellung der Regierung parlamentarisch und politisch eine andere geworden sei. Sie sei zwar nicht dem Worte nach aber der Sache nach reichsministerielles Kabinett. Mit der Erklärung der Aufgaben auf die sich die Parteien geeinigt hätten, lände auch dieses Kabinett seinen Abschluß.

Der Redner betonte gegenüber dem sozialistischen Redner, daß dieses Kabinett sowohl auf außenpolitischem, als auf innenpolitischem Gebiet fruchtbarere Arbeit geleistet habe. Es sei nicht richtig, daß die Erklärung dieses Programmes erfolgen sollte, geknüpft an die bisherigen Regierungsparteien. Das entspreche nicht den Voraussetzungen der letzten Zeit. Nach den beiden heutigen Reden sei bei der Zentrumskoordination die Hoffnung auf Erledigung des Arbeitsprogrammes und des Etats nicht gerade gewachsen. Es sei eigenartig, daß ein Kabinett, das eigentlich nur keine Daseinsberechtigung mehr habe, mit Zustimmung von 7 Parteien des Reichstages Aufgaben von solcher Tragweite noch lösen solle. Da könne man nicht von einem Kontrakt des Parlaments sprechen, sondern der Reichstag habe hier ein hartes Verantwortungsbebeweisen bewiesen. Wenn die Erledigung des Notoprogramms sich wider Erwarten nicht erreichen läße, dann werde es nicht die Schuld des Zentrums sein. Die Reichsregierung wolle noch einen Verordnungsakt als Ergänzungsvorlage einbringen. Der Redner betonte, daß keine Fraktion jeder Parteiuntervermehrung und jeder Überhöhung von einem Beamten ablehnend gegenüberstehe. Die Landwirtehilfe sei notwendig. Der Redner forderte eine gleichmäßige Verteilung an alle Landesteile und gebührende Berücksichtigung auch der notleidenden Bauern im Westen und Süden. Das Zentrum sei zur praktischen Mitarbeit und Erledigung des weiteren Arbeitsprogrammes bereit. Der Reichstag könne nach Dikern nicht noch einmal zusammentreten.

Von sozialdemokratischer Seite wurde an den Bischofener Herat die Frage gerichtet, welche Materialien auf dem Verordnungswege genehmelt werden sollten. Die Regierung habe von einer solchen Absicht gesprochen, ohne sich darüber zu äußern, welche Fragen dafür in Betracht kämen. Bischofener Herat erwiderte darauf, daß lediglich die Forderung der Grundzüge für die Kleurentnerfürsorge im Verordnungswege erfolgen solle. Sonst sei an keine einzigen anderen Stelle, der Verordnungswege beabsichtigt.

Nun den Luther-Film.

Eine Eingabe an das bayerische Staatsministerium. X Berlin. Die katholische Protestaktion gegen den Luther-Film hat die evangelische Bildkammer des Landesvereins für Innere Mission in Nürnberg zu einer Eingabe an das bayerische Staatsministerium des Innern veranlaßt. Unter Berufung auf die Entscheidung der Filmprüfstelle in Berlin und auf die Empfehlungen des Films durch eine Anzahl deutscher Kirchenregierungen weist die Eingabe auf die Gefahr hin, daß bei einem Verbot des Films unter der evangelischen Bevölkerung Bayerns eine Erregung entstehen würde, die in keinem Verhältnis zum Unluf stünde. Die evangelischen Organisationen seien an dem Lutherfilm lebhaft interessiert, ein vollkommenes Verbot des Films erfordere deshalb als untragbar, zumal, nachdem der Film von maßgebender Stelle als volkstümlich beurteilt worden sei.

Die Landesynode.

Bei der diesmaligen Tagung der Landesynode wird deutlich sichtbar, daß die Landeskirche, getrennt vom Staat, auf eigenen Füßen steht. So finden schon die Verhandlungen im Gemeindefaß der Kreuzkirche Dresden statt, während früher gewöhnlich im Ständehaus getagt wurde. An den Vorarbeiten bemerkt man die großen Einflüsse einer Einheit, die vom Geiste des Dienstes an der Sache getragen ist. Auch hat die Synode keinen Präsidenten, da bekanntlich D. Dr. Seehausen auf der letzten Sitzungsperiode zum Präsidenten des Landeskonventes gewählt worden ist und der Bischofpräsident D. Dr. Köpcke im letzten Jahre beimgegangen ist. So wird man gespannt sein können, welche Männer nun an die Spitze des Kirchenparlamentes treten werden. Die Geschäfte wird nach einer Notverordnung vorläufig der Vorsitzende des Ständigen Landesausschusses, Kreispräsident a. D. von Köpcke-Balwin, führen.

Die Übergangsregelung des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden macht es nötig, daß den sogenannten Jökentur Einkommen erneut Beachtung zugewendet wird. Die neue Vorlage regelt als Notverordnung diese im wesentlichen steuerrechtliche Frage. Wichtiger ist das Gesetz über die Bekämpfung der Geisteskranken und über die Verwaltung erlebter geistlicher Ämter. In erster Linie ist hier die Verpflichtung genannt, in Urlaubsfällen oder bei zeitweiliger Dienstbehinderung sich gegenseitig zu vertreten, wobei die Superintendenzen Überleitung durch Veranweisung anderer Geistlicher zu vermitteln hat. Der Aufwand, der durch die Stellvertretung entsteht, soll in tatsächlichem Umfang ersetzt werden, der für ein erledigtes geistliches Amt aus einer besonderen Sacrosstoffe.

Die kirchlichen Bezirksverbände sind Gegenstand eines Beschlusses. Der kirchliche Bezirksverband soll durch den Bezirkskirchenrat und den Bezirkskirchenrat ausverwaltet und vertreten werden. Mindestens einmal im Jahre soll der Bezirkskirchenrat zusammenzutreten, gebildet aus dem Superintendenten und aus je 2 Abgeordneten jeder Kirchengemeinde, einem geistlichen und einem weltlichen, wobei für die Gemeinden mit über 6000 Seelen ein weiterer weltlicher Abgeordneter zu treten hat. Die Wahl würde durch die Kirchengemeinderäte zu erfolgen haben. Der Bezirkskirchenrat hätte in beschließender über die zu errichtende Synode, über den Haushaltplan des Verbandes, über seine Rechnungslegung und über die ihm nach der Satzung auszuweisenden Angelegenheiten.

Einen weiteren wichtigen Beratungsgegenstand bildet der Entwurf eines Pfarrbesoldungsgesetzes, das die Besoldung an die neue Besoldungsordnung des Reiches anlehnt, aber lediglich 2 Besoldungsgruppen kennt. Das Kirchensteuerrecht für 1928 bestimmt wieder Gemeindefiskalbeamten und Landesfiskalbeamten. Der Haushaltsplan für 1928, der ebenfalls zur Beratung vorliegt, stellt fest, daß wieder 4 Prozent der Reichseinkommensteuer als Landesfiskalsteuer erhoben werden, dazu tritt die Gemeindefiskalsteuer. Der Staat leistet nur noch eine Ersatzentschädigung für die kirchlichen Behörden, den übrigen, weitestgehenden Betrag an Mitteln soll die Landesfiskalsteuer decken. Der Haushaltsplan sieht eine Summe von über 7 1/2 Millionen vor gegenüber 10 Millionen im Jahre 1925. — Schließlich werden noch unerledigte Gesetze und Vorlagen von der letzten Sitzungsperiode zu beraten sein, so die etwaige Neupflichtung der Ausübung der kirchlichen Patronats- und Kollaturrechte. Hier tauchen auch wieder Beschlüsse auf, die eine kirchliche Mitarbeit zur Beseitigung der sozialen Not, der Wohnungsnot usw. anregen.

Weiterer leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit.

X Berlin. In der Arbeitslosenversicherung ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 31. Januar bis 15. Februar wiederum leicht zurückgegangen (von rund 1 333 000 auf 1 291 000). Die Abnahme betrug somit rund 42 000 oder 3,2 v. H. Der Rückgang entfällt fast ausschließlich auf die männlichen Arbeitslosen.

In der Arbeitslosenversicherung hat sich die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger fast auf dem gleichen Stande gehalten (rund 215 500 am 15. Februar gegenüber 214 800 am 31. Januar). Die geringe Zunahme von rund 700 Personen kann als unerheblich angesehen werden. Während die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger um etwa 1800 oder 1 v. H. zugenommen hat, ist die der weiblichen um etwa 1100 oder um 3,2 v. H. gesunken.

Die Zahl der Notstandsarbeiter hat in den letzten 14 Tagen um 28,0 v. H. zugenommen und beträgt jetzt insgesamt 58 200. Davon entfallen auf Personen, die in der Arbeitslosenversicherung unterstellt worden sind, rund 43 600, auf Personen, die in der Arbeitslosenversicherung unterstellt worden sind, rund 14 600.

Reform des Zivilprozesses.

X Der Bund Deutscher Juristenmänner beschäftigt sich in einer hier abgehaltenen Sitzung seiner Reformkommission mit den Vorschlägen zur Vereinfachung, Verkürzung und vor allem Beschleunigung des Zivilprozesses.

Um die berechtigten Wünsche der Wirtschaft auf schnellere Erlangung eines vollstreckbaren Urteils zu verwirklichen, ist die Vereinfachung des Streitverfahrens von allen Streitigkeiten Sachen erforderlich. Alle Verjährungs- und Anerkenntnisverfahren, sowie das Güterverfahren, in welchem im Wege der freiwilligen Einigung eine vollstreckbare Zahlungspflichtung des Schuldners erwirkt werden soll, sind deshalb dem als Rechtspfleger tätigen Urkundenbeamten der gerichtlichen Geschäftsstelle zu übertragen. Dies kann schon vor der Zivilprozessreform durch eine Erweiterung des Rechtsanwaltsgesetzes vom 11. März 1921 in kurzer Zeit geschehen.

Eine weitere sehr wirksame Entlastung des Streitrichters ist möglich, wenn in dem Verfahren zur Vorbereitung des richterlichen Urteils der Rechtspfleger zur Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen herangezogen wird, soweit das Prozessgericht im Verweitschluß nicht die Vernehmung ausdrücklich dem Richter vorbehalten hat. In Betracht kommt ferner die von angelegenen Richtern und Rechtslehrern mehrfach vorgeschlagene Übertragung des Offenbarungseids, des Aufgebots- und des Vertellungsverfahrens auf den Rechtspfleger; hierfür kann endlich auch im Konkursverfahren einzelne Geschäfte, insbesondere die Abhaltung des Prüfungstermins und die Verfügung auf spätere Eintragung in die Konkursstabelle übernehmen.

Die Reformkommission hat sorgfältig begründete Einzelvorschläge ausgearbeitet, die den Justizministerien und den Parlamenten zur Verwertung bei der allgemeinen Verwaltungsreform eingereicht werden sollen.

Die litauische Antwortnote an Polen überreicht.

XL Lita. (Tel.) Die litauische Antwortnote an Polen traf gestern durch einen Sonderkurrier in Warschau ein und wurde der polnischen Gesandtschaft zur Weiterleitung nach Warschau überreicht. Ueber den Inhalt der Note verläutet, daß Polens Antwort ausdrücklich auf den Rücknahmestellung über den Völkervertrag bezieht.

Man hat nur noch incognito in Berlin.

Wesuch bei den Siemens-Werken. Die offizielle Kuffentheit des Königs von Albanien in Berlin ist mit dem von Aman Ullah in der albanischen Gesandtschaft angegebenen Galabier zum Abschlus gekommen. Der König selbst ist nur noch „offiziell“ in der Reichshauptstadt; er hat die ihm nun zur Verfügung stehende freie Zeit dazu benutzt, die Umgebung Berlins kennenzulernen und insbesondere Potsdam und Wannsee einen Besuch abzustatten. Auch ein größeres Berliner Musiktheater, am Kurfürstendamm, haben der König und die Königin kennengelernt.

Im übrigen leben nun die Industriellen ein. So hat das Königspaar am Montag den Siemens-Werken einen Besuch ab. Durch die mit albanischen und deutschen Fabrikanten geschmückten Straßen von Siemensstadt führen die Gäste nach dem Verwaltungsgelände. Im Ehrenhof begrüßt an der Spitze der Vorstände der Siemensfirmen Carl Friedrich von Siemens das Königspaar, wobei er darauf hinweist, daß die Firma Siemens & Co. seit vor über 80 Jahren als die erste elektrotechnische Werkstätte der Welt gegründet wurde. Nach einer in albanischer Sprache gehaltenen Erwiderung des Königs beschließen die Gäste eine Ausstellung der sämtlichen in den Siemens-Werken hergestellten Votum-Fabrikate und im Anschluß daran auch einige Betriebswerke selbst. Als Geschenk für die Königin wurde ein Album mit biblischen Darstellungen aus der Wohlfahrtskategorie der Siemensfirmen, sowie silbernes und goldenes elektrisches Brotes-Rosengold überreicht. Der König erhielt zwei vollautomatische Fernsprechanlagen zum Geschenk, die für den Verkehr des Königs mit seinen Ministern und Hofbeamten bestimmt sind, und zwar die eine für den Winterpalast in Kabul, die andere für die Sommerresidenz in Paghman. — Im Laufe der Besichtigung wurde durch einen jungen Blattläufer, den von Siemens gebaute Großlautsprecher, ein kurzer Vortrag über die Werte und Anlagen in Siemensstadt in albanischer Sprache gehalten. Bei der Abfahrt der Gäste brachte ein zweiter Lautsprecher die albanische Nationalhymne zu Gehör.

Die Reichshauptstadt hat nun, nach Beendigung des offiziellen Teiles des Königsbesuchs, auch wieder ihr Festgewand abgelegt. Viele hunderte Arbeiter waren am Montag vormittag unter den Bäumen, in der Wilhelmstraße und den anderen geschmückten Alleen der Stadtteile damit beschäftigt, den reichen Flaggen- und Lampionschmuck wieder abzunehmen. Mit Hilfe riesiger Feuerwehreiter wurden insbesondere auch die Fahnen von den gewaltigen Bögen des Brandentwurfes Lozes heruntergenommen.

Entgegen den pessimistischen Äußerungen eines Berliner Montagblattes, das der Meinung Ausdruck gab, die vielen Koken, die der Besuch des albanischen Königspaares dem Deutschen Reich verurteilt hat, würden durch einen Export deutscher Waren nach Albanien kaum wieder wettgemacht werden, sei als wenn auch kleiner, so doch verheißungsvoller Anfang die Tatsache verzeichnet, daß Aman Ullah bereits in Berlin persönlich einen Kauf verfertigt gemacht hat. Er hat sich nämlich bei einer Berliner Kunsthandlung eine Prunkkammer-Einrichtung für eines seiner Sommerhäuser bestellt, die den „beide“ Betrag von 150 000 RM. kostet.

Aranzniederlegung am Grabe Eberts.

Berlin (Funkpruch). Die Reichsregierung hat am Grabe des Reichspräsidenten Ebert anlässlich der Wiederkehr seines Todestages einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife niederlegen lassen.

Dr. Gans in Genf eingetroffen.

X Genf. (Telunion.) Ministerialdirektor Dr. Gans, der Leiter der juristischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in Genf, ist zu den Verhandlungen des Sicherheitsausschusses in Genf eingetroffen.

Schnell zur Expedition!
Das Zeitungssubskribent muss erneuert werden.

wenn Sie die Zustellung des Rimmer Tagblattes für März wünschen.
Bezugspreis 2,25 Mark.

Neubestellungen

auf das in allen Schichten der Einwohnerschaft von Riesa und Umgegend gern gelesene Riesaer Tagblatt zum Bezug nehmen jederzeit entgegen für

- Böberlein: R. Förber, Böberlein Nr. 07
- Glaubitz: Frau Doffe Nr. 6
- Gohlis: J. verm. Schreier, Nr. 545
- Gräbba: A. Daubold, Streblauer Str. 12
- Gräbba: W. Deidnerich, Allee Nr. 4
- Gräbba: D. Riedel, Döbber Str. 2
- Gräbba: R. Vetter, Gräbba Nr. 1
- Jahnshäusen-Böhlen: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Kalbitz: F. Steinberg, Pausch Nr. 5
- Rangenberg: Otto Schauer, Bäckermeister
- Reutenitz bei Riesa: R. Wiche, Nr. 8
- Rergsdorf: J. Straube, Popsitz Nr. 14 b
- Rergsdorf: O. Thiele, Gräbba, Döbber Str. 19
- Rergsdorf: R. Vetter, Gräbba Nr. 1
- Rergsdorf: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Rergsdorf: F. verm. Hefele, Schulstr. 1
- Rergsdorf: W. Schwarz, Nr. 41
- Rergsdorf: M. Schwarz, Döbber Nr. 41
- Popsitz bei Riesa: J. Straube, Nr. 14 b
- Frankfurt: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Riesa: Alle Zeitungsträger und zur Vermittlung an diese die Tagblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 59 (Telefon Nr. 20)
- Röberlein: R. Schöne, Grundstr. 16
- Gräbba: Frau Doffe, Glaubitz Nr. 6
- Gräbba: F. Steinberg, Pausch Nr. 3
- Weiß (Riesa): Fr. Kluge, Lange Str. 115
- Weiß (Riesa): F. Vogt, Lange Str. 115
- Reichenhagen: E. Sandholz, Fehlf. 13
- Reichenhagen: Richard Schmidt, Buchhändler

Maßnahmen für Nordalbanien.

X Genf. (Tel.) Das Generalsekretariat des Völkervertrages veröffentlicht am Montagabend einen Notenwechsel zwischen dem albanischen Ministerium und dem Generalsekretariat des Völkervertrages. Der Völkervertrag, auf Grund des Antrages der albanischen Regierung an den Völkervertrag, auch Hilfsmaßnahmen gegen die Hungernot in Nordalbanien zu ergreifen, hatte der Generalsekretariat des Völkervertrages — wie aus dem Notenwechsel hervorgeht — die albanische Regierung telegraphisch aufgefordert, einen Delegierten zu der bevorstehenden Tagung des Völkervertrages zu entsenden, der die Wünsche der albanischen Regierung bezüglich Nordalbanien sowie und dem Rat für Nordalbanien und Erklärungen zur Verfügung stellen könnte. Die albanische Regierung hat jedoch in einem Telegramm vom 24. Februar mitgeteilt, daß es ihr völlig unmöglich sei, einen Delegierten zu der Tagung entsenden zu können, ohne jedoch einen Grund hierfür anzugeben. Auf eine weitere Telegrafie des Generalsekretariats hat die albanische Regierung geantwortet, daß ihr Antrag ohne Frist verfallen werde. Der Generalsekretariat des Völkervertrages hat daraufhin den Antrag der albanischen Regierung von der Tagesordnung der Märztagung des Völkervertrages gestrichelt.

Die Neuwahlen des Danenauer Gemeinderates.

X Danzig. Die Neuwahl des Danenauer Gemeinderates, der bekanntlich aufgelöst worden war, weil sich Bürgermeister Weich geweigert hatte, die französische Forderung der elstischen Fänge am Rathaus zu bitten, fand am Sonntagabend statt und brachte eine überwiegende Mehrheit für die Liste der Elstischen Volkspartei, an deren Spitze der bisherige Bürgermeister Paganand, Weich, steht. Es entfielen auf die Liste Weich 17 Kandidaten, Raum war das Wahlergebnis bekannt geworden, als die Anhänger der Liste Weich einen Antrag auf die Stadtverwaltung einbrachten, wobei die Liste „Es lebe Frankreich“ erklarte. Die Partei sandte an Voltaire ein Telegramm, indem sie ihm ihre Treue versichert und an die am 26. November 1918 abgegebenen Erklärungen im Namen der Bevölkerung von Danenau erinnert.

Der „Paris Soir“ bezeichnet das Resultat als wenig ruhmreich. Das Telegramm Bürgermeister Weich an Voltaire hätte sicherlich mehr Bedeutung gehabt, wenn es vor der Wahl abgegeben worden wäre, bereits zur Zeit der Verhandlungen, die zur Auflösung des früheren Gemeinderates führten. Man hätte dann die Kommentare vermeiden können, zu denen die Wahl von so vielen Anhängern gab und die sicherlich nicht geeignet seien die elstischen Streitigkeiten beizulegen.

Der Temps erwartet, daß Weich sein Versprechen, über alle Vorkriegsverhältnisse hinweg ein guter Franzose sein zu wollen, auch halten werde.

Die deutschnationale Volkspartei zur politischen Lage.

X Bielefeld. (Telunion.) Auf dem deutschnationalen Reichsparteitag Wiedenbrück-Witersloh gab der politische Beauftragte der Gesamtpartei, Hs. Trebitsch, eine längere Erklärung ab und führte u. a. etwa folgendes aus: Man sucht die Protestaktionen der Landwirtschaft aus der Welt zu schaffen, indem man sie als Wahlmanöver bezeichnet. Das ist nicht der Fall. Aus ihnen spricht die fürchterliche Not der Landwirtschaft. Wenn man ihr nur mit unzureichenden Mitteln begegnet, wird die Zukunft des ganzen Volkes bedroht sein. Die Ursache dieser Not liegt in der Zwangswirtschaft, in den hohen Goldmarktkursen; dazu kommen die im Vergleich zu den Reichsteuern überaus hohen realen Löhne. Der Redner bezeichnet dann die einzelnen zu erhebenden Forderungen.

Im Anschluß daran wurde eine Entschließung zum Reichstagesgesetz angenommen, in der es u. a. heißt: Wir werden den Kampf um das hohe Ziel einer christlichen Schule, das wir als den unumgänglichen Grundlag des völkischen und nationalen Wideraufbaus ansehen, nicht aufgeben. Im Gegenteil werden wir deutschnationalen ihn wie bisher in vorderster Linie weiterführen. Dem Reichsminister von Reubell und dem Hs. Dr. Rumm und allen anderen deutschnationalen Männern und Frauen, die sich für das Zustandekommen eines die christliche Erziehung verwirklichenden Schulgesetzes in rastloser aufopferungsvoller Arbeit eingesetzt haben, sprechen wir unseren Dank und unsere Anerkennung aus. Wie lassen nicht von dem Glauben, daß das Bemühen dieser Arbeit seine Früchte tragen wird.

Amerikanische Besatzungskostenansprüche.

X Washington. Das Kriegsamt gab bekannt, daß Deutschland den Vereinigten Staaten einen Betrag in Höhe von 217 Millionen für die Kosten der Besatzung schulde. Der ursprüngliche Betrag habe sich durch Gut-schreibungen um 75 Millionen Dollar vermindert.

35 Todesopfer eines Rinobrandes.

X Rom. Bei einem Brande in einem Kinotheater in Vortago sind 35 Personen ums Leben gekommen. Etwa 20 haben Verletzungen davongetragen. Als der Brand ausbrach, waren die Zuschauer in den Reihen, verunglückte er mit seinem Auto, wobei der Chauffeur getötet, er selber schwer verletzt wurde.

Schwere Einsturzkatastrophe.

X Rio de Janeiro. Nach hier eingetroffenen Meldungen führte in Curitiba ein Lichtspieltheater während der Vorstellung ein. Viele Personen, in der Mehrzahl Frauen und Kinder, wurden getötet. 13 Leichen sind bereits geborgen.

Das Unglück in der Brittenfabrik in Brüggen.

X Brüggen. Die Zahl der Toten bei dem Brande von Roblenkaud in der Brittenfabrik der Hubertus Braunkohlen-Aktiengesellschaft in Brüggen hat sich auf sechs erhöht. Durch das Unglück ist ein Teil der Fabrik stillgelegt worden. Die dort beschäftigt gemeinen Arbeiter werden mit Aufbaumarbeiten beschäftigt. Der Grubenbetrieb ist nicht gestört.

Unwetterkatastrophe in Rio de Janeiro.

X London. (Telunion.) Nach Berichten aus Rio de Janeiro sind bei einem Wirbelsturm über 200 Häuser zusammengeknirscht. 8 Personen wurden getötet und etwa 20 verletzt. Der Verkehr in Rio de Janeiro ist unterbrochen. — Wolkensbrüche, die dem Sturm folgten, legten die Straßen unter Wasser.

Sturmer in Bundaburg gelandet.

X Sydney. Sturmer landete gestern um 4 Uhr 18 Minuten nachmittags australischer Zeit in seiner Geburtsstadt Bundabura (Queensland). Damit ist der Südpazifik-Ozean besetzt.



TATSACHEN

Unsere Mischungswerkstatt wurde wegen ihrer berühmten Leistungen in der letzten Zeit von folgenden Delegationen studiert:

- Fabrikationsleiter des schwedischen Tabakmonopols
- Delegierter Ingenieur des türkischen Tabakmonopols
- Generaldirektor der polnischen Tabakregie
- Delegation des Picardo-Konzerns, Buenos-Aires
- Inspektor der österreichischen Tabakregie
- Delegation des Veado-Konzerns, Rio de Janeiro
- Delegierter der französischen Tabakregie
- Delegation der italienischen Tabakregie

und viele weitere Delegationen aus Brüssel, Oslo, Kopenhagen, Amsterdam, Pernambuco usw.

Diese Tatsache beweist bereits die überragende Anerkennung der Fachleute aus allen Weltteilen für die Werkstatt der

REEMTSMA
CIGARETTEN

OVA

im **Ausgabenformat**

5 pf.



Wollen
und dem
ummond.
in an den
Pungers-
eralitete-
l heroor-
erfordert,
e Wölfer-
banischen
Mit die
n könnte,
lenromm
umhüllig
u können,
eine wei-
liche Me-
in werde,
sein den
ordnung

erates.

emeinbe-
weil sich
die statt
and am
Arbeits-
a bereu-
Wolk,
bidaten,
als die
e Stabi-
erlan-
in dem
Woenm-
Bevöl-

s wenig
elb an
ue, wenn
ue Reit-
ren Ge-
mentare
Anlag
äufigen

n, über
lein zu

lonalen
olitische
s, eine
es aus:
aus der
per be-
cht die
be nur
mit des
st liegt
teuern:
beraus
ie ein-

a um
Wir
tiladen
ab des
nicht
onalen
Dem
m und
en, die
lebung
spolier
f und
dem
rückte

je.

t, dah
ng in
igung
Gutr

er in
Stwa
rückelt
te er
selber

Wel-
rend
zahl
d be-

gen.
von
blen-
bbt,
moe-
mit
d ist

Mo
ufer
twa
iter-
die

10
rück-
bau-

Luftfahrt- und Kraftfahrwesen vor dem Ausbruch.

Der Etat des Reichsanwalters im Haushalts-Ausbruch.

Berlin. Der Haushalts-Ausbruch des Reichsanwalters hat am Montag die zurückgebliebenen Titel des Reichsanwalters, des Reichsanwalters und der Reichsanwaltschaft. Es handelte sich dabei um die Ausgaben für die sachliche Aufklärungsarbeit, die mit 522000 Mark eingeleitet sind, von denen 22000 Mark als „künftig wegfallend“ bezeichnet sind. Außerdem handelte es sich um die Ausgaben für den Erweiterungsbau der Reichsanwaltschaft in Berlin 1,3 Millionen veranschlagt. In der Debatte wurde von einem Reichsanwaltschaftsvertreter erklärt, daß die Verlegung des Reichsanwaltschaftsgebäudes der Reichsanwaltschaft, zu deren Umzügen die 22000 Mark, die für die Herstellung von Aufklärungsmitteln bestimmt sind, künftig wegfallen sollen, die in der Öffentlichkeit aufgestellten Vorwürfe bisher nicht gerechtfertigt habe. Von den Parteiführern wurde gefordert, daß die Reichsanwaltschaft eine möglichst unparteiische Aufklärung der Bevölkerung durchzuführen. Es fand eine Entschließung der Reichsanwaltschaften statt, die eine unparteiische Aufklärung der Reichsanwaltschaften gewährleisten sollte und welche Mittel dieser Reichsanwaltschaften aus anderen Fonds ausfallen lassen. — Nach weiterer ungewisser Debatte wurden die vorerwähnten Titel bewilligt.

Bei Beratung der zurückgebliebenen Titel des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums äußerte sich auf verschiedene Anfragen in der Debatte Ministerialdirektor Brandenburg dahin, daß das Flugzeuggeschäft, dem der deutsche Vorkämpfer in Washington Frhr. von Walther erlegen ist, nicht auf einen Kurbelwellenbruch zurückgeführt werden könne. Die Entwicklung der Flugzeug-Motore durch Wettbewerbe zu fördern, sei unmöglich. Man habe aber im Interesse einer Fortentwicklung des Motorenbaus Aufträge an die verschiedenen Firmen gegeben, um auf diese Weise an der technischen Entwicklung der Luftfahrt möglichst weitestgehende Kreise zu interessieren. Interessant war die Mitteilung des Reichsanwaltschaftsvertreters, daß die Einnahmen der Luft-Dank nur 30 Prozent der Ausgaben deckten. Die Großflugzeuge seien kein Gewinn an Wirtschaftlichkeit, sie seien aber insbesondere aus Sicherheitsgründen zu entwickeln. — Die Weiterberatung soll am Dienstag erfolgen.

Berlin. (Funkdruck.) Der Haushaltsausbruch des Reichsanwalters ist heute die Einzelberatung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums und der dazu vorliegenden Beschreibungen fort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Abg. Schmidt-Stettin (Dnat.) Stellung zu den gestrigen Ausführungen des Abg. von Gehra und erklärte, wenn Preußen fest für den Etat 1928 Hunderte von neuen Beförderungstellen schaffen,

daß dann Reichsregierung und Reichstag beim Ergebnis unbedingte die Folgerungen ziehen müßten, denn es ginge nicht an, die Reichsbeamten schlechter in der Beförderung als die preussischen Beamten zu stellen.

In der Tagesordnung nimmt zunächst das Wort Abg. Lorzler (Komm.). Er begründet nochmals die Forderung seiner Partei auf genaue Aufklärung der Sammelstellen durch den Sparkommissionar und den Haushaltsausbruch.

Abg. Groß (Bayr. V.P.) nimmt die bayrischen Motorenwerke gegen die Angriffe in Schutz. Sie haben sich aus eigener Kraft zu erklärender Leistung im Motorenbau zum Nutzen unserer Luftfahrt herausgearbeitet. Im übrigen empfahl Abg. Groß die Entschließung, die er mit eingebracht habe: „Die Reichsregierung zu ersuchen, sobald nach Bestätigung des Etats ein Ausbruch des Reichsanwalters eine Ueberprüfung vorzulegen, wie die Verlegung der zur Förderung des deutschen Flugwesens und der einseitigen Industrie erfolgen soll.“

Abg. Gremer (D. Vp.) tritt für eine Trennung des Luftfahrwesens und des Kraftfahrwesens ein. Der Redner tritt für einen Reichsanwalters zur Vollendung des im Bau befindlichen „Reppelin“ in Höhe von 2 Millionen Reichsmark ein. Mit Rücksicht auf das Notprogramm könne seine Fraktion sich nicht darauf festlegen, etwaige Streichungen durch neue Einstellungen an anderer Stelle weitzumachen.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch wendet sich gegen die Behauptungen, als ob hier irgend etwas in seinem Etat verschleiert werde. In 5 Sitzungen habe man sich hier schon um Aufklärung bemüht. Immer lehne derselbe Vorwurf in denselben Formen wieder. Außerdem habe nicht bloß der Reichsanwalters den Etat und die beantragten Luftfahrmittel geprüft — sondern auch der Reichs-Sparkommissionar.

Die bayrischen Motorenwerke seien eines der besten Werke auf diesem Gebiete, unbeschadet der Tatsache, daß Castiglione, ihr Begründer, noch einer ihrer Aktionäre sei. Im übrigen würden keine Bestellungen an das Werk ausgeben, ohne daß sie durch seine, des Ministers Hand, gegangen seien. Für die Trennung des Luftfahrwesens und des Kraftfahrwesens trete auch das Ministerium ein.

Ministerialdirektor Panzerer führte aus: Auszugehen ist von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Titel 2a und 3a. Der Grund für diese gegenseitige Deckungsfähigkeit ist der, daß sich nicht übersehen läßt, ob der bezwachte technische Erfolg besser durch einen Wettbewerb oder durch einen Auftrag erreicht wird. Bisher hat sich die Veranstaltung größerer Wettbewerbe als zu kostspielig und wenig erfolgreich bewiesen. Am 1. April war bei Titel 2a ein Plusrest von 4 805 749,25 RM. vorhanden. Dem stand gegenüber bei Titel 3a ein Minusrest von 1 584 850,70 RM. Entsprechend der Zweckbestimmung der beiden Titel und der darin festgelegten gegenseitigen Deckungsfähigkeit war dies keine ungewöhnliche Tatsache.

(Schluß folgt.)

Letzte Sunnpruch-Meldungen und Telegramme

vom 28. Februar 1928.

Kranznieberlegung der preussischen Regierung am Grabe Wehrs.

Berlin. (Funkdruck.) Wie der Amtliche Preussische Verkehrsmittelteil, hat die preussische Staatsregierung am Montag des ersten Reichspräsidenten Friedrich Wehrs, wie allgemein, durch den Halberstadter Oberbürgermeister Dr. Walz einen Kranz in den preussischen Farben am Grabe niederlegen lassen.

Besprechende Ankunft des finnischen Außenministers in Berlin.

Berlin. (Funkdruck.) Wie den Blättern mitgeteilt wird, wird der finnische Außenminister am Donnerstag vormittag in Berlin eintreffen und am Donnerstag abend nach Genf weiterreisen.

Verhaftung eines Schwimmbadbesizers.

Hamburg. (Funkdruck.) Aus Hamburg wird dem Berliner Tageblatt telegraphisch: Einem raffinierten Schwimmbadbesizer ist eine Verhaftung in Jabelstein zum Opfer gefallen, die ihm vor einiger Zeit ein großes Schwimmbad nach Amerika zu dem Preise von 1,5 Millionen Mark verkauft hatte. Der Käufer hatte 175 000 Mark durch Scheck angezahlt, worauf sofort die Inhaberschaftsarbeiten für die Uebergabe eingeleitet wurden. Wie sich nunmehr herausgestellt hat, ist der Scheck gefälscht und der Kauf fingiert. Der Schwimmbad wurde in Bremen verkauft.

Brand in einer polnischen Landwirtschaftsbank.

Warschau. (Funkdruck.) Heute nacht ist hier in dem noch nicht ganz fertiggestellten Gebäude der polnischen Landwirtschaftsbank ein Brand ausgebrochen. Das Feuer konnte erst in den Morgenstunden gelöscht werden. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

Bandenunwesen an der russisch-polnischen Grenze.

Ud. (Wohlanien.) Am 25. ds. Mts. überfiel eine Bande nach Ueberreiten der russisch-polnischen Grenze eine Poststation auf polnischem Boden. Die Besatzung verlor ohne Ergebnis. Die Bande hat sich wahrscheinlich hinter die Grenze zurückgezogen. Sie hand unter Führung der Bandenführer Bogdan und Szapoval, die schon im Jahre 1927 diese Gebiete heimgesucht hatten.

Eine neue Anstalt in Amerika.

D. (Staats New York.) Heute vor das Haus eines Mannes namens William Leeds, bei dem eine junge Frau wohnt, die behauptet, die längste Tochter des Jaren Dikolans II. zu sein, ist eine Polizeiwache postiert worden. Diese Maßnahme wurde nach einer Beschwerde zwischen Polizeibeamten und Leeds getroffen, der erklärt hatte, es sei ihm zu Ohren gekommen, das Ansehen für eine Bedrohung der angeblichen Jarentochter vorliegen.

Kampf zwischen Polizei und Arbeitern in Tokio.

Tokio. (Funkdruck.) Als die Polizei gestern abend mehreren Personen verbot, in einer Versammlung der Arbeiterpartei zu reden und die Türen des Saales schloß, in dem die Versammlung stattfand, so daß Hunderte von Leuten draußen bleiben mußten, geriet die Menge in Wut und bewarf die Polizeibeamten mit Steinen. Erst nach dem Eintreffen von Verstärkungen gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen, die mehrere Beamte, darunter zwei Offiziere, verletzte. Etwa 100 Personen wurden verhaftet.

Friedhofskändereien.

London. (Funkdruck.) Der jüdische Friedhof in Epping wurde von zwei jungen Burken im Alter von 17 bis 19 Jahren verwüstet. 42 Grabsteine wurden umgeworfen und dabei teilweise zerstört. Die Staatsanwaltschaft hat die näheren Ermittlungen aufgenommen. Der Friedhof ist nahezu 1000 Jahre alt.

Verhaftung von Kommunisten in Warschau.

Warschau. (Funkdruck.) In Lodz wurde von der polnischen Polizei eine Kommunistenzentrale ausgedöhnt. Zahlreiche Personen wurden verhaftet und umfangreiches Propagandamaterial beschlagnahmt.

Das Kranz-Urteil rechtskräftig.

Berlin. (Funkdruck.) Da bis heute früh bei der zuständigen Strafkammer des Landgerichts 1 keine Revisionsanträge der Staatsanwaltschaft oder des Verteidigers zum Urteil im Kranz-Prozess eingegangen sind, ist das Urteil nunmehr rechtskräftig geworden.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Verbesserung und Rentabilität gewerblicher Unternehmungen. Im Verlag von Dietmar Hobbing ist als Nr. 4 der Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs eine Darstellung der „Verbesserung und Rentabilität gewerblicher Unternehmungen“ erschienen. Die Arbeit unterliegt und vergleicht die steuerliche Belastung von 15 Betrieben, die durch Größe, Intensität und Erfolg voneinander unterschieden sind, in etwa 200 Gemeinden des Deutschen Reichs mit mehr als 25000 Einwohnern. Die dabei sich ergebenden schwerwiegenden Unterschiede in der Besteuerung gleicher Betriebe von Gemeinde zu Gemeinde, die auf der Ungleichmäßigkeit des Steuerrechts und der örtlichen Steueransätze beruhen, zeigen die bunte Mannigfaltigkeit in dem materiellen Inhalt der Steuererlässe, die neben dem Reichs- und Gemeindefiskus in reichlicher Produktivität geschaffen haben. Die Untersuchung weist ferner nach, wie auch bei vollständig gleichem Steuerrecht, also in ein und derselben Gemeinde, Betriebe verschiedener Struktur steuerlich ungleichmäßig in Anspruch genommen werden. Die Schwankungen der Besteuerung spiegeln sich in der Rentabilität der verschiedenen Unternehmungen wider. Dieses Verhältnis von Rentabilität und Besteuerung wird in der Untersuchung in einem besonderen Abschnitt behandelt. Zahlreiche Tabellen und graphische Darstellungen dienen zur Veranschaulichung des Textes und zur Erhöhung der Anschaulichkeit. Wegen ihrer betriebswirtschaftlichen Bedeutung verdient die Steuererhebung das größte Interesse bei Industrie, Handwerk und Handel. Auch die Steuerwissenschaft und die Instanzen der Besteuerung des Reichs, der Länder und der Gemeinden werden der Veröffentlichung wegen ihrer großen Wichtigkeit für den Finanzausgleich Aufmerksamkeit widmen müssen.

In der Berliner Börse war das Effektengeschäft am Montag überaus gering. Es fehlte an Aufträgen und an jedem Moment, das die Stimmung hätte heben können. Am Rentenmarkt notierten Ablösungsanleihe 1 52, 11 55,7, Reichsanleihe 14,62 und Schuldscheideanleihe 7 Proz. Von den Schiffahrtswerten waren die meisten rückgängig, nur Norddeutscher Lloyd gemannet 1 1/2 Prozent. Bankwerte lagen sehr still. Reichsbankanteile waren 2 Prozent höher. Von den Montanwerten gewannen Stolberger Zink 1 1/2 Proz., während sonst fast durchweg Kursrückgänge zu verzeichnen waren. Von den Kaliumwerten verloren Wickersleben 3 Proz., Bitterfeld und Salzdahlau 5 Prozent. Von den chemischen Werten waren die Aktien der Farben-Industrie 1 bis 1 1/2 Prozent schwächer. Elektropapiere verloren durchschnittlich 2-3 Prozent. Maschinen- und Metallwerte konnten sich im allgemeinen halten. Der Satz für tägliches Geld war 6-8 Prozent, für Monatsgeld 7 1/2-8 1/2 Prozent. Der Privatdiskont wurde abermals erhöht und zwar auf 6,02 Proz.

Berlins Metallindustrie wird voraussichtlich Freitag stillgelegt.

Berlin. (Funkdruck.) Bis zur Stunde streiken, wie die W. Z. meldet, die Werkzeugmacher in den fünf Berliner Großbetrieben: Siemens, Lorenz, Wix & Genest, Deutsche Telephonwerke und Bergmann. Einigungsverhandlungen sind von keiner der beiden Parteien beabsichtigt und der Schlichter kann nicht einreisen, weil ein Tarif für die in Betracht kommenden Arbeiter nicht besteht. Infolge des Streikes wird es nach Erklärungen, die dem Blatt von Arbeitgebern gemacht werden, nicht möglich sein, die übrigen Metallarbeiter und Arbeiterinnen bis über den Freitag hinaus zu beschäftigen. Mit dem Fehlen der Vorarbeit soll deshalb ganz automatisch die Schließung der Betriebe eintreten. In den genannten fünf Betrieben sind etwa 60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die mit Ablauf dieser Woche entlassen werden würden.

Berlin. (Funkdruck.) Der Verband Berliner Metallindustrieller teilt u. a. mit: Die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller hat in einer heutigen Sitzung zu der durch den Streik der Werkzeugmacher geschaffenen Lage Stellung genommen. Die Berichte der betroffenen Gebiete ergaben, daß ohne die Arbeit der Werkzeugmacher eine Aufrechterhaltung der Betriebe nur noch für wenige Tage möglich ist, und daß von den betriebl. 5 Betrieben bereits 4 spätestens am Sonnabend zum Erliegen kommen werden. Ein Betrieb wird in der Lage sein, noch 1 oder 2 Tage länger arbeiten zu können. In allen Betrieben werden einzelne Abteilungen bereits vorher an der Weiterarbeit verhindert sein. Wenn die Werkzeugmacher durch Verharren im Streik die Betriebe mit ihren über 60 000 Arbeitern und Arbeiterinnen lahmlegen, so wird der Verband Berliner Metallindustrieller zum Anfang der kommenden Woche zu der hierdurch geschaffenen Lage Stellung nehmen.

Lohnbewegung in der chemischen Industrie.

Tarifbindung für 18 000 Arbeiter.

Berlin. (Funkdruck.) Der Verband der Fabrikarbeiter hat laut „Vorwärts“ den Lohnvertrag für die chemische Industrie der Provinz Brandenburg, einschließlich Berlin, zum 31. März gekündigt. Von dem Vertrag wurden bisher etwa 18 000 Arbeiter erfaßt.

Berschwundene historische Dokumente wiedergefunden.

Berlin. Die Berliner Kriminalpolizei entdeckte im Hause eines Reichsministerialbeamten einen ganzen Altbestand wertvoller historischer Dokumente, der sich im Gewahrsam des betreffenden Reichsministeriums befunden hatte, und seit längerer Zeit vermisst wurde. Die Dokumente beziehen sich auf das Invalidenhaus in der Schornhorststraße und enthalten außer handschriftlichen Verfügungen und Briefen früherer preussischer Könige Instruktionen Friedrich des Großen an den ersten Kommandeur des Invalidenhauses. Ein Band soll nach einem der Kriminalpolizei mitgeteilten Gerücht für den Kaufpreis von angeblich 1000 Dollars einem Amerikaner angeboten worden sein. Die Untersuchung ist im Gange.

Berlin. Der aus dem Archiv eines Reichsministeriums verschwundene Altbestand, der eine Reihe historischer Dokumente enthält, wurde nach der Weibung einer Berliner Korrespondenz in dem Altenschrank des Amtssimmers eines Bürobeamten wiedergefunden. Der Beamte behauptet, daß er die Dokumente von einem Kollegen erhalten habe, mit dem Bemerkten, er möge sie sich einmal durchsehen. Zu diesem Zwecke habe er sie mit nach Hause genommen und dann in das Ministerium zurückgebracht. Der Kollege behauptet, sich nicht entsinnen zu können, daß er die dem Be-

amtengegeben habe. Dieser gibt an, einmal geduldet zu haben, die Sachen seien wohl 1000 Dollars wert. Daraus müßte sich wohl das Gerücht verbreitet haben, daß er sie zu Geld machen wolle. Der Bürobeamte ist nach dem Ergebnis der bisherigen Feststellungen auf freiem Fuße belassen worden.

Dr. Stresemann kommenden Sonntag in Genf.

Berlin. (Funkdruck.) Wie den Blättern mitgeteilt wird, wird Reichsminister des Innern Dr. Stresemann in Genf voraussichtlich am Sonntag vormittag einreisen, nachdem er am Sonnabend abend von Cap Martin abgereist sein wird. Staatssekretär von Schubert wird heute mittag den Mitgliedern des Reichskabinetts einen kurzen Vortrag über die in Genf zu erörternden Probleme halten und heute abend Berlin verlassen.

Jugendlicher Orden und schwarz-rot-gold.

Berlin. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ hatte die republikanische Reichswehrstelle dem Jungdeutschen Orden die Frage vorgelegt, wie sich der Orden dazu stelle, daß in Wehrdienstland drei seiner Mitglieder die Reichsflagge heruntergerissen haben. Darauf hat namens des Ordens der Bressenart August Abel folgende Antwort erteilt: „Der Orden mißbilligt scharf ein solches Verhalten. Der Jungdeutsche Orden respektiert die schwarz-rot-goldene Reichsflagge.“

Strandung eines isländischen Dampfers.

London. „Daily Mail“ meldet aus Reykjavik (Island): Der isländische Dampfer „Jon Thorstein“ strandete gestern früh bei Reykjavik. 13 Mann der Besatzung fanden den Tod in den Wellen. 3 wurden von einem Motorboot gerettet, 3 befinden sich noch in der Tafelage des gestrandeten Dampfers.

Hids über die Abrüstungsfrage.

London. Der Staatssekretär des Innern Joynson Hids sagte gestern abend in einer Rede: So lange die allgemeine Dienstpflicht einen Teil der Politik der großen Nationen des Kontinents bildet und in ihrem Herzen verankert ist, wird es in der ganzen Welt wenig Abrüstung geben. Unsere Armee zählt eine Viertelmillion weniger als 1914 und wir haben die Zahl unserer Kriegsschiffe von 704 auf weniger als 400 vermindert. Er sagt ferner: Zweimal sind die Russen nach Genf mit einem Abrüstungsplan gekommen. Tatsächlich verlor Russland, die Zivilisation jedes Landes der Welt zu zerstören und gleichzeitig schlägt es Abrüstung vor. In welcher Lage würden wir sein, wenn wir abrüsteten und unser Land und unsere Dominien dadurch den blutdürstigen Russen öffneten?

Kunst und Wissenschaft.

Pädagogium der Tonkunst in Dresden. Der Leipziger Pianist und Komponist Erich Liebermann-Rohlfse wurde als Hochschullehrer an das Pädagogium der Tonkunst verpflichtet.

Wasserstände der Moldau, Elbe und Obere.

Wasserstand	Moldau		Elbe		Obere					
	Raum	Wasser	Raum	Wasser	Raum	Wasser				
27.	+ 17	- 27	+ 32	+ 48	+ 75	+ 85	+ 88	+ 81	- 60	+ 16
28.	+ 16	- 28	+ 29	+ 50	+ 70	+ 27	+ 30	+ 71	- 76	- 6

Das Problem des Regelhauses auf der Jahresbau „Die Technische Stadt“ Dresden 1928.

Die Zeitung der Jahresbau hat das Verdienst, die Veranlassung gewesen zu sein, daß das erste Regelhaus auf ihrer Ausschreibung „Die Technische Stadt“ Dresden 1928 gebaut wird und hat damit einen Beweis ihrer Kraft und hohen Einsicht gegeben.

Die weitbekannte Maschinenfabrik Kugelschlagwerk wird es durch ihr Werk Gustavsburg in Stahlkonstruktion errichten, und im Mai dieses Jahres soll es fertig bestehen.

Damit ist ein alter Traum der Menschheit in Erfüllung gegangen. Mancher Leser wird erstaunt fragen: Wieso, warum, wozu? Das wird gleich kommen.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Die Regel als Haus, oder das auf kleiner Fläche ruhende Haus konnte technisch nur in unserer Zeit demwältigt werden. Alles Wünsche früherer Geschlechter mußte an der Unausführbarkeit dieser Idee scheitern.

Ein Wort zur Schulentscheidung.

Von Werner Goldner.

Der bevorstehende Schluß des Schuljahres stellt unruhige Eltern und ebenso viele junge Leute und junge Mädchen vor die Frage, welcher Beruf nun zu erlernen ist. Es gibt kaum eine Entscheidung im menschlichen Leben, die von so folgenschwerer Bedeutung ist.

Oder die Pflicht aller Eltern bei der Berufswahl für ihre Kinder sollte es also sein, zunächst einmal festzustellen, für welchen Beruf Neigung und Befähigung vorhanden ist.

Das wird nicht immer ganz leicht sein. Nicht bei allen jungen Menschen sind bestimmte Anlagen so ausgeprägt, daß sie mit voller Gewißheit sagen können: „Dazu eigne ich mich.“

Und dann wird sich nur zu häufig herausstellen, daß sich der Betreffende von dem ersten Beruf doch nicht die richtigen Vorstellungen macht, sondern ihn vielleicht irrtümlicherweise unbedacht für sich selbst als Beruf erwählt hat.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Das ist ja leider die Sachlage heute so, daß auch die größte Begabung keine Wahrscheinlichkeit für eine sichere Erziehung bieten kann.

Bildung also vor dem Nichts und kann krepieren gehen. Gedacht und angemessen besorgt werden im allgemeinen nur Kräfte mit Spezialkenntnissen. Es empfiehlt sich also, bei Unterbringung des Lehrlings darauf zu sehen, daß er Gelegenheit hat, sich wirklich gediegene Brandkenntnisse anzueignen, und nicht nur eine allgemein kaufmännische Ausbildung im Büro erhält.

Bei besser liegen die Verhältnisse in den mehr handwerksmäßigen oder technisch-künstlerischen Berufen. Defavorierte werden augenblicklich viel gesucht, ebenso junge Leute, die das graphische Gewerbe tüchtig erlernt haben. Dann aber auch Zeichner, Kassensachverständige, Rechner, ferner alles, was eine gewisse manuelle Geschicklichkeit gebietet. Bei wem diese also vorhanden ist, wäre bringen zu empfehlen, einen dieser Berufe zu ergreifen, die fast immer eine sichere Existenz bieten.

So viel von den Aussichten der jungen Leute, die jetzt zu Ostern die Schule verlassen werden. Die Sorge der Berufswahl haben aber heutzutage auch die Eltern der jungen Mädchen, die jetzt ins Leben eintreten. Und sie haben sie umso mehr, als der Beruf für junge Mädchen heute ja auch kein Lieberwahnschadium mehr darstellt, da bei dem großen Frauenüberschuß kein Mädchen mehr darauf rechnen kann, zu heiraten, also von vornherein darauf sehen muß, einen Beruf zu ergreifen, der ihr Leben ausfüllt.

Das aber gerade tut der am häufigsten gewählte Beruf, der der Stenotypistin und Kontoristin eben nicht, selbst wenn der Schulstudium aller Handelschülerinnen in Erfüllung geht, und sie einmal zu der stolzen Höhe einer Direktionssekretärin oder gar Privatsekretärin hinaufsteigt, was ja unter 50 Stenotypistinnen auch nur einer passiert, so hat dieses Glück ein Ende, wenn eine gewisse Altersgrenze erreicht ist. Dasselbe gilt von dem Beruf der Verkäuferin, der eine Heilung ganz interessant sein kann, für den es aber auch eine Altersgrenze gibt.

Wir wollen hier nur nicht die Frage aufwerfen, ob die in kaufmännischen Berufen tätigen jungen Mädchen nicht nachlässigen jungen Leuten die Arbeitsstelle und zuletzt die Möglichkeit, einen Hausstand zu gründen, vorzuziehen. Davon ganz abgesehen, sollte es doch oberstes Gebot sein, die erwachsenen Töchter Berufen auszuführen, die der weiblichen Eigenart entsprechen. Das allein gibt ihnen wirkliche Selbstständigkeit, während sie sonst häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen. Sind sie manuell geübt, so wenden sie sich ja bereits häufig dem Anreiz eines ungeliebten Mannes nachgeben, nur um die verbotene Tätigkeit endlich loszukommen. Man wird sich auch bei dieser Berufswahl klar werden müssen, auf welchem Wege die Fähigkeiten des Mädchens liegen.

Aluta.

Roman von Otto Eiser.

Copyright by Greiner u. Comp., Berlin W 30.

Rachdruck verboten.

1. Kapitel.

Nur ein Hundling.

„Wehe den Armen, die sich heute noch auf See befinden!“

Die älteste Fischerfrau, die diesen Ausruf ausstieß, faltete die dünnen harten Hände und lauschte auf das Tosen des Sturmes, der das kleine Häuschen am Ende des armseligen Fischerdörchens erschütterte, und auf das Krallen der Brandung, die schäumend und brausend die Klippen brausen in der Bucht umtobte und den steinigen Strand wellig überflutete.

Die Bucht von Al-Haide schnitt tief in die Westküste des Landes ein; umgeben von einem Kranz grüner Klippen, war sie schulplos den Nord- und Nordwestwinden geöffnet. Viel Hammer und Glend hatte sie gesehen, wenn der Sturm die Schiffe in ihren Klippenriffen gerieten, — dessen schmale Böden die Klippen und Klippen erbarungslos gemolmten.

In den letzten Jahren war das etwas besser geworden, seit man auf der äußersten Nordspitze der Bucht ein bis nahenden Schiffe warnendes Leuchtturm errichtet und eine Rettungsstation angelegt hatte, die den bedrohten Fahrzeugen rechtzeitig Hilfe bringen konnte. Aber wenn ein Schiff, durch Sturm und Wellen zerhaut, bei einem solchen Sturm, wie er heute nacht wütete, dem Ufer zu nahe kam und von dem Nordweststurm und der Brandung mit unwiderstehlicher Gewalt in die Bucht hinein gerrieben wurde, dann halfen auch Leuchtturm und Rettungsstation nicht mehr, dann konnte nur der gütige, barmherzige Gott helfen.

Die alte Fischerfrau betete leise vor sich hin, während ihr Mann, der Fischer Klaus Hennig — oder der rote Hennig, wie er seiner fuchsröten Haare wegen in Al-Haide hieß — die Klippen auf den Fisch geschmettert und das Rinn auf die Karben flüchte gepreßt, mit funkelnden Augen durch das kleine Fenster der aufstehenden Klippe beobachtete, die stundenlang die finstere Nacht mit flammender Helligkeit erfüllte.

„Eine solche Nacht hätte uns früher reiche Leute gebracht, Geseine!“ murmelte er mit einem toben lächelnden Munde.

Die Frau erbeute.

„Rebe nicht so gottlos, Hennig,“ rief sie. „Die Zeiten, wo die Fischer wie die Räuber über die geschützten Schiffe herfielen und die armen Schiffbrüchigen ausplündern, sind weit her! Denn vorüber.“

„Ja, sie sind leider vorüber,“ murmelte der rote Hennig, „seit sie hier den Leuchtturm und die Rettungsstation errichteten und uns den Leuchthauptmann hergeholt haben. Ich entsinne mich noch recht wohl der feierlichen Zeit, wo ich mit meinem Vater an den Strand zog und auf sammelte, was der Strand und besetzt hatte. Da gab es manchen lustigen Abend im Dorf — während der nichts als Arbeit, Not und Elend unter den Fischerleuten herrschte. Und der Schmuggel brachte auch ein gut Stück Geld.“

„Aber auch ein schlechtes Gewissen.“

„Nah — was mach' ich mir daraus! Wenn ich nur gut zu essen und zu trinken habe!“

Hennig — Hennig — du bist ein böser Mann!“

Der Fischer erhob sich und reichte seine herbe, knochige Gestalt empor.

„Ich habe dieses armselige Leben als Herings- und Hühnerfischer satt! Wenn's nicht bald anders wird, verziele ich mich wieder als Matrose auf einem Hamburger Wollschiff. Da lebt man doch wenigstens im Hafen lustig und guter Dinge.“

Der Donner eines Kanonenschusses unterbrach seine Worte.

„Na,“ sagte er aufstehend. „Da ist ein Schiff im Not und auf der Rettungsstation geben sie das Signal, daß sich die Mannschaft sammeln soll. Ich gehe auch an den Strand, obgleich ich mit der Rettungsstation nichts zu tun habe. Vielleicht findet sich da was für mich.“

„Nimm dich in acht, Hennig!“

„Dummes Zeug! Wenn ich was finde, so gehört es mir und keiner hat danach zu fragen.“

Damit jog er seinen Haisrod über, stürzte den Schwefel aus, den Kopf und stampfte zur Tür hinaus.

Die Hände frampfhaft ineinander verschlungen, das Haupt gebeugt, mit stieren Augen vor sich niederschauend, blieb die Frau sitzen.

Die Jahre erst jüngst Jahre, aber sie sah viel älter aus. Die harte Arbeit, Kummer und Sorgen, Elend und Gram hatten sie vor der Zeit gerührt. Als junges, kräftiges, lebensfröhliches Fischerweibchen, hatte sie dem von einer Weltreise heimkehrenden Klaus Hennig geheiratet, dessen große Worte sie beides und der so vornehm mit dem weißen Hemd, das er in den Taschen seiner weiblichen Mannes trug. Aber das Gold war dem leichtsinnigen Matrosen zerrennen, wie das Wasser, das man mit der Hand schöpft, und die großen Worte waren leere Phrasen geblieben. Und schließlich war nichts übrig geblieben als harte Arbeit, Kummer und Sorge.

Ihr ältester Sohn Klaus lag auf dem Grunde des Meeres irgendwo in der weiten Welt! Ein Teisun hatte sein Schiff zertrümmert. Ihr zweiter und letzter Sohn Jürgen machte gerade jetzt seine erste Reise als Schiffslunge auf einem Hamburger Wollschiff — wer konnte wissen, ob er je zurückkehren würde?

Ihr Mann aber lag in den Kneipen und am Strande herum und arbeitete nur, wenn die Not am höchsten lag. Das Häuschen am Ende des Dorfes verfiel mehr und mehr und das schwerfällige Fischerboot war kaum noch seetüchtig. Bei etwas windigem Wetter durfte man sich mit ihm gar nicht mehr aufs Meer hinauswagen.

Was aus all dem Hammer und Glend noch werden sollte, wußte die arme Frau nicht; die Tränen rannen ihr über die weißen Wangen, wenn sie an die Not ihres Lebens dachte.

Die Uhr schlug heftig zusammen, als ein zweiter Kanonenschuß das Wüten des Sturmes überdünnte.

Ob sie auch an den Strand ging?

Aber was sollte sie dort? Helfen konnte sie doch nicht. Es waren ja auch genug Männer da und der Leuchthauptmann auf der Station würde schon Hilfe bringen. Dennoch trat sie vor die Tür ihres Häuschens, das armselige Tuch fest um die hageren Schultern ziehend. Raum vermochte sie sich gegen die Gewalt des Sturmes, der mit woller Macht gerade in die Bucht hineinstürzte und

die Bogen des Meeres mit donnerndem Getöse gegen das Klippenufer schleuderte, aufrecht zu erhalten.

Das Haus befand sich am Ende des Dorchens, das sich in langem Bogen um die Bucht nach Norden hinaufzog, wo auf der höchsten Spitze der Leuchtturm und die Rettungsstation lagen. Dort herrschte jetzt reges Treiben. In dem helle Licht des elektrischen Scheinwerfers konnte man die Menschen hin und her eilen sehen. Das Rettungsboot wurde zum Wasser geschafft, der Raketenapparat fertiggestellt, kurz alle Vorkehrungen getroffen, um dem bedrohten Dampfer da draußen, der näher und näher zum Ufer getrieben wurde und in den nächsten Minuten zwischen den Klippen zerbrechen mußte, Hilfe zu bringen.

Frau Geseine konnte alles deutlich beobachten.

Der Dampfer mußte das Steueruder verloren haben, denn er war ein willenloses Braut inmitten der empörender Wellen. Er war rettungslos verloren; nur wenn er auf einigermaßen flachen Grund aufgelaufen konnte, wurden vielleicht die Menschen gerettet. Geriet das Schiff aber zwischen die Klippen, dann war es mit Mann und Maus verloren, dann wurde es in Splitter zerbrochen und aus dem Wirbel der Brandung vermochte sich auch der lächste und härteste Schwimmer nicht zu retten.

Mit klopfendem Herzen sah Geseine, wie der Dampfer den Klippen immer näher getrieben wurde. Sie konnte die Mannschaft auf dem Deck sehen, die verzweifelungs- volle Anstrengungen machte, das Schiff aus dem flachen Strand aufzulassen zu lassen. Sie sah, wie ein Boot herabgelassen wurde und im nächsten Augenblick in dem Strudel der Wellen verschwand. Sie sah, wie das Rettungsboot der Station sich vergeblich bemühte, an des Dampfer heranzukommen; sie sah — doch nein, sie wollte nichts mehr sehen! Sie preßte die harten Hände vor die Augen und betete.

„Ta — ein hundertstimmiger Schrei — ein furchtbares Getöse — Geseine öffnete die Augen — da sah sie, wie mit dem Schiff von der Brandung emporgehoben und mit furchtbarem Gewalt gegen die Klippen geschleudert wurde, daß es tragend auseinander brach. Eine Feuerfäule stieg empor — der Dampfer war zerplatzt — nochmals wurde das Braut emporgehoben und wieder in die Klippen geworfen, wo es in tausend Trümmer zerfiel und in dem Strudel der Brandung verschwand.“

Eine Weile herrschte Totenstille unter der am Strande verammelten Menge. Der Schreden lähmte alle auf Augenblicke — dann eilte alles an das Ufer, um zu retten, was noch zu retten war.

Geseine war in die Knie gesunken und hatte die Hände vor das Gesicht geschlagen. Sie betete inbrünstig für die armen Schiffbrüchigen, aber sie sagte sich selbst, daß nur ein Wunder das Leben der Armen retten konnte.

Wenigliche Hilfe war vergeblich, denn niemand konnte sich auf schwachem Kahn hinauswagen auf das toten Meer, das zwischen den Klippen lockte und schlammte und jeden, der in die Brandung geriet, an den Felsen zerquetschte.

Sie ergab sich. Sie sah, wie die Leute, soweit sie vermochten in die See hinausgingen, sich an den Händen haltend eine Kette bildend; sie sah auch, wie einige anhaltend leblose Körper Schiffbrüchiger an das Ufer gebracht wurden — sie vermochte den Anblick nicht mehr zu ertragen und kehrte in das Haus zurück, wo sie, am offenen Kamin sitzend, auf einen Stuhl niederfiel.

viert haben. Denn hier bietet sich wirklich die Möglichkeit, den jungen Mädchen den Weg zu einem Beruf zu ebnen, in dem sie sich glücklich und wohl fühlen können. Das aber muß der letzte Sinn jeder Berufswahl sein. Ein verfehlter Beruf bedeutet ein verfehltes Leben.

Gerichtssaal.

Die Bluttat im Amtsgericht vor dem Dresdner Schwurgericht.

Am gestrigen Montag verhandelte das Schwurgericht Dresden gegen den 1900 zu Ludow bei Zwinemünde geborenen, bereits mehrfach und auch erheblich vorbestraften Weichhaarigen Friedrich Wilhelm Ruge wegen verlustigen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung. Der Angeklagte hatte am 12. März vorigen Jahres geheiratet, war aber mit der jungen Frau wegen seiner mitleidigen wirtschaftlichen Lage in erhebliche Differenzen geraten, die letztere veranlaßten, Anfang Dezember ihre Sachen wegzuräumen und zu ihren Eltern zurückzuführen. Am Vormittag des 13. Dezember war vor dem Amtsgericht Dresden am Sachverständigenplatz ein Termin anberaumt. Beim Verlassen des Verhandlungssaales brachte der äußere erröte Kläger plötzlich ein großes Küchenmesser hervor und schlug augenblicklich auf seine Ehefrau und dem ihr zu Hilfe eilenden Schwager ein. Beide Personen wurden mehrfach verletzt. Frau Ruge brachte man nach dem Krankenhaus, die ihr zugefügten Wunden erwiesen sich als weniger gefährlich. Nach der erhobenen Anklage wird Ruge beschuldigt, seiner Frau gegenüber sich eines verlustigen Totschlags schuldig gemacht und an dem Schwager Berger eine gefährliche Körperverletzung begangen zu haben. Zur Verurteilung der ihm zur Last gelegten Handlungen ergab die Verhandlung u. a. folgendes: Wegen der ganz ungleichen Einkünfte kam es oft zu Differenzen zwischen dem Ehepaar. Als die Frau ihre Sachen hatte wegzuräumen lassen, habe er zunächst eine einseitige Verfügung erzwungen.

Warum nicht loggallen Gnug auf einmal?

Die ersten Apfelsinen, weiß Duft und Geschmack derselben erstklassig. Die ersten Apfelsinen einer Qualitätsmarke, weiß die den Genuss u. Nährwert derselben gleichermäßen zu schätzen wissen. Kaufen Sie nun einmal die Apfelsinen-Schokolade der ALPURSA-Schokoladenfabrik! Die bußige Frucht des Apfelsinengeschmacks zusammen mit der milden, kräftigen ALPURSA-Vollmilchschokolade ergeben ein ideales Erfrischungsmittel, das sich immer noch auf der Reise, auf Wanderungen u. Ausflügen, bei jeder sportlichen Tätigkeit glänzend bewährt hat. Verlangen Sie jedoch ausdrücklich ALPURSA-Apfelsinenschokolade!

ALPURSA
A. Hoffmann
Dresden

Wo möchte ihr Mann sein? So weit sie hatte gehen können, hatte sie ihn bei den Rettungsmannschaften nicht entdeckt. Sollte er auf eigene Faust das „Rettungswort“ betreiben?

Sie schauderte zusammen, denn sie mußte sich sagen, daß er in diesem Fall weniger auf Rettung von Menschenleben als auf eigene Bereicherung ausgehen werde.

Eine ganze halbe Stunde mochte verfließen sein. Der Sturm tobte noch immer mit ungebrochener Gewalt, das Drösel der Brandung war furchtbarer denn je.

Gesine vermochte es in der einsamen Stube nicht mehr auszuhalten; sie erhob sich, um am Strande Gelandungen einzusetzen.

Da öffnete sich die Haustür und die schweren Tette ihres Mannes wurden auf dem kleinen Hausflur hörbar. Rasch öffnete Gesine die Tür.

„Kommst du endlich, Hennig?“ fragte sie. „Ja“, entgegnete seine rauhe Stimme. „Und ich hab' dir auch was mitgebracht.“

Sie sah ein großes, in ein altes Segeltuch gewickeltes Paket in seinem Arm.

„Ich will nichts von deinem Raube“, rief sie heftig hervor.

Er lachte. „Sieh es dir nur erst mal an“, sagte er, trat in die Stube und legte das Paket auf den Tisch.

„Ich will es nicht — trag' es zur Station!“ entgegnete Gesine heftig.

„Aber, Frau — sei doch verständlich — sieh es dir doch mal an — 's ist nichts von Wert — 's ist ein Kind...“

Bei diesen Worten schlug er das Tuch auseinander und ein anscheinend lebloses, etwa fünf- bis sechsjähriges, nur mit einem Hemdchen bekleidetes Mädchen lag vor den erschrockenen und erschrockenen Augen Gesines.

„Ein Kind — du lieber Gott! Ist es tot?“

„Als ich es fand, lebte es noch. Nimm es nur und erwärme es tüchtig. Vielleicht kommt es mit dem Leben davon. Ich denke, es soll uns ein hübsches Stüd Geld einbringen.“

Gesine hörte nicht auf seine Worte. Sie hatte das Kind in die Arme genommen; es war ohnmächtig geworden, sein Hemdchen war ganz durchnäßt und die dunkelbraunen Locken triefen.

„Geschwind ein wollenes Tuch“, rief sie ihrem Mann zu. „Und dann mache rasch etwas Milch warm! Du lieber Gott, das arme Wurm ist ja halb erstoren — wo hast du es denn aufgefficht?“

Aber sie wartete nicht auf seine Antwort, sondern gab sich ganz der Beschäftigung mit dem Kinde hin. Wenig reichte ihr Lächeln und ging dann in die Küche, ein Feuer zu machen. Er lachte dabei mehrmals verschmitzt auf und schaute nach seiner Brusttasche, in der ein Paket Papiere verborgen war. Dann nickte er vergnügt mit dem Kopfe und stellte die Milch auf das Feuer.

Unter der Pflege Gesines erwachte das Kind zu neuem Leben. Mit großen Augen sah es sich um, dann begann es zu weinen und leise zu wimmern. Gesine erwärmte es in ihren Armen, schloß ihm etwas Milch ein, redete ihm schmeichelnd zu und barg es in das warme Bett, wo das arme Kind vor Erschöpfung einschlief.

Gesine sah neben dem Bett und bewachte seinen Schlaf. Hennig stand am Ofen und rauchte seine kurze Pfeife, während ein zufriedener Zug sein sonst so mürrisches Gesicht erhellte.

Nach einiger Zeit wandte sich Gesine ihm zu. „St-

wegen Herausgabe von Wäsche usw. Aber die am 18. Dezember verhandelt werden sollte. Wenige Tage zuvor habe er sich ein großes Brotmesser beschafft und letzteres mehr: verlustig in der Kistenkiste mit herübergetragen. Die er verlustig beim Verlassen des Verhandlungssaales seiner Frau gegenüber übergeben konnte, bezeichnete Ruge als unfassbar. Erinnerung sei ihm nur noch die argente Erregung, mit der er der Frau gegenüber gestanden, es habe ihm aber jenseitigen, seine Frau zu töten, er habe ihr nur ein auszuweichen wollen.

Nach der sehr eingehenden Vernehmung Ruges wurde dessen Ehefrau gehört. Jenen will in der Woche öfter nur 2-3 Mark als Wirtschaftsgeld erhalten haben. Dabei sei ihr Mann auf der anderen Seite manchmal spät des Abends heimgekommen und betrunken gewesen, während sie nicht das allernotwendigste zum Lebensunterhalt hatte. Ihr Bruder, der Räder Berger, der mit zum Termin erschienen war, sagte bezüglich der Tat, daß Ruge mit erhobenem Messer auf seine Schwester — des Angeklagten Frau — eingedrungen sei. Jenen hat Stiche in einem Unterarm davongetragen, auch für ihn sind Folgen gefährlicher Natur aus dieser Bluttat nicht entstanden. Gerichtsmedizinalrat Dr. med. Doye führte als Sachverständiger u. a. aus, die Stiche nach dem Falle waren gefährlicher Natur, es konnte die Geklagte aber getroffen werden. Bezüglich der geistigen Verfassung des Angeklagten verneinte er das Vorliegen eines Zustandes nach § 51 StGB. Gerichtsschreiber Dr. Busch beantragte Verurteilung wegen verlustigen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung. Als Strafe forderte er insgesamt ein Jahr zwei Monate Gefängnis, sollte das Gericht nur eine Körperverletzung bei der Frau für vorliegend erachten, dann beantragte er auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre zuzukommen. Der Verteidiger plädierte für milde Beurteilung. Das Schwurgericht verurteilte Ruge wegen verlustigen Totschlags und wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis, zwei Monate werden auf die erste Unterbringungshaft in Anrechnung gebracht. Die Zubereitung einer Bemerkung und die Aufhebung des Haftbefehls wurden abgelehnt.

Zwei Todesurteile wegen eines gemeinsamen Mordes aufgehoben.

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hob in seiner gestrigen Sitzung das Urteil des Schwurgerichts Neuruppin vom 13. Dezember 1927 auf, durch das die beiden Arbeiter August Peck (Vater) und Willi Peck (Sohn) aus Putschow wegen gemeinsamen Mordes an dem Gutsarbeiter Walter Sander zum Tode verurteilt worden waren. Der Ermordete Sander hatte mit der damals 18-jährigen Tochter des angeklagten Vaters Peck ein Verlobungsverhältnis und wohnte mit diesem Mädchen in der Wohnung des Vaters in sogenannter wilder Ehe zusammen. Sander war Witwer verlassener Diebstahls- und Diebereien, deren sich die Angeklagten schuldig gemacht hatten und war ihnen dadurch lästig geworden, weil er gedroht hatte, wenn man ihn nicht mit dem Mädchen zusammen lasse, lasse er die ganze Familie aufhängen. Die Familie Peck einigte sich schließlich, den Sander in den Wald zu locken; dort sollte ihn Willi Peck unter dem Vorwand, eine Tanne zu holen, mit einer Axt erschlagen. Am Vorabend der Tat fehlte aber dem jungen Peck der Mut zur Ausführung. Am 1. Dezember, 10 Uhr abends, gingen dann Vater und Sohn mit Sander zusammen in den Wald, und dort erschlug der junge Peck den

Mörder, indem er ihm zuerst durch einen Witz über von röhren die Schädeldede zertrümmerte und dem tödlich Verwunden noch zwei Kugeln in das Gesicht verfeuerte. Als dann aruden Vater und Sohn den Weideten ein, nachdem Peck zum Vorher noch die Papiere des Sander geholt und diese dem Weideten in die Taschen gesteckt hatte. Die mitangeklagte Mutter und Tochter, denen die Zustimmung zu dieser Tat nicht nachgewiesen werden konnte, wurden zu zwei Jahren acht Monaten Zuchthaus bzw. ein Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt. — Die gegen dieses Urteil eingereichte Revision sucht für alle Angeklagten Ratweh im Sinne des Paragraphen 58 des Strafgesetzbuches geltend zu machen; außerdem enthält sie verschiedene Verfahrensrügen, für Peck fern. ferner noch falsche Anwendung des Paragraphen 211, da die Anwesenheit am Tatort zur Mitverantwortung allein nicht ausreicht. Entgegen dem Antrage des Reichsanwaltes, der auf Verurteilung plädierte, hob der zweite Strafsenat des Reichsgerichts, soweit es wegen Paragraph 130 St.G.B. gegen Vater, Sohn und Mutter erging, das Urteil auf und wies die Sache zu neuer Verhandlung an die Provinzialregierung mit der Begründung, daß das Urteil einen klaren Widerspruch darüber enthielt, ob bei Ausübung der Tat mit Ueberlegung gehandelt worden sei. Bei einer so wichtigen Sache wie Mord wählten alle Instanzen die gewöhnliche Ordnung. Gemäß Paragraph 237 Strafprozessordnung mußte auch gegen Mutter und Tochter auf Aufhebung erkannt werden.

Ein Kleinfeldtrugs-Prozess.

Da. Berlin. Der dem Schöffengericht Ludwigsfelde a. M. bekannt am Montag der Betrug- und Verleumdungs-Prozess gegen den Fabrikanten Albert Wagner (Ludwigsfelde), der durch betrügerische Nachschneidung die Leuna-Werke bei Merseburg um 450 000 Mark und den Reichsbank um 95 000 Mark betrogen haben soll. Mit Wagner gleichzeitig haben sich 12 Angeklagte, darunter 8 Angehörige des Leuna-Werkes, zu verantworten, die Wagner in seinen betrügerischen Nachschneidungen unterstützt und dafür Schmiergelder in Höhe von 1000 bis 21 000 Mark erhalten haben sollen. Ein weiterer Angeklagter ist der technische Vorkontrollant aus Ludwigsfelde, der bei Vererbung von Wohnbauten in der Uval in verschiedenen Fällen Wagner die Angebote der Konkurrenz vor Ablauf der Submissionstermine vor Kenntnis gebracht hat, sodas dieser sich bei seinen Kostenveranschlagungen entsprechend einstellen konnte und die Verteilungen stets Wagner zufließen lassen konnte. Die von Wagner bestochenen Angehörten des Leuna-Werkes haben je nach ihrer Stellung in den Werken von Wagner Verleumdungsgelder im Betrage von 7000 bis 14 000 Mark erhalten. In den Angeklagten gebört auch ein Oberinspektor Schwarz vom Reichsbankvermögenamt und ein Architekt Weibel, der Vauführer beim Kleinfeldtrug war. Wagner und Weibel sind schon seit dem 14. März v. J. in Untersuchungshaft. Zu der Verhandlung, die voraussichtlich vier Wochen dauern wird, sind über 100 Zeugen und vier Sachverständige geladen. Die Angeklagten werden von 17 Rechtsanwältigen verteidigt.

„Aber sprich nicht so laut, daß du es nicht aufdeckst — und deine Pfeife laßt du auch fortlegen.“

Geboriam legte Hennig die Pfeife weg und dämpfte seine rauhe Stimme, als er sagte:

„Ich trock zwischen den Klippen am Strande herum — ich sah wohl, daß der Dampfer hierher getrieben wurde und daß seine Rettung u. z. h. möglich war. Und richtig — der Dampfer wurde zwischen die Klippen geschleudert...“

„Ich weiß — ich habe es selbst mit angesehen.“

„Also der Dampfer war mit Mann und Maus verloren. Was die am oberen Strande gerettet haben, kann nicht viel sein. — Menschenleben sicherlich nicht, denn die Brandung warf alles durcheinander in die Klippen. Also ich wartete — ich hoffte, ein Fäßchen Rum oder so was zu erwischen — die Wellen war... mir allerdings vor die Füße — da sah ich, wie ein dunkler Körper heranschwemmt wurde — ich erkannte einen Menschen, ich zog ihn ans Land — mit eigener Lebensgefahr, kann ich dir sagen! Es war ein Mann, fast ganz unbekleidet — in seinen erstarrten Armen hielt er das Kind — er selbst war tot — er hatte sich den Schädel an den Klippen eingeschlagen. Das Kind ist wie durch ein Wunder gerettet worden — ich nahm es aus seinen Armen und brachte es dir...“

„Und der Mann — der Fremde?“

„Ich ließ ihn liegen. Was nützt uns ein toter Mensch?“

„Aber wir müssen doch seinen Namen erfahren. Wir dürfen doch das Kind nicht behalten!“

„Weshalb nicht? Es ist ja Strandgut!“

„Hennig!“

„Ich will dir was sagen, Gesine: das Kind soll uns das Glück ins Haus bringen — dafür laß mich nur sorgen. Darum wollen wir es behalten. Der tote Mann liegt wohl noch am Strande — wer er ist, kann er uns nicht mehr sagen; Papiere hat er nicht bei sich, er war ja fast nackt, also laß ihn liegen oder laß ihn von den Wellen wieder in die See spülen. Uns kann es herzlich sein — wir haben das Kind und wollen es behalten. Ich denke, du wirst schon damit einverstanden sein. Und nun kümmer dich um das arme Wurm — ich gehe an den oberen Strand, um zu erfahren, ob noch jemand von dem Schiffe gerettet worden ist.“

Tamit ergreift er seine Pfeife wieder und hantelte zur Tür hinaus.

R. Kapitel.

Beheimlichende Selbstmordungen.

Als der Morgen anbrach, war von dem geschleierten Dampfer nichts übriggeblieben, als einige Bruchstücke, die Wind und Wellen an den Strand geworfen hatten. Auch Menschenleben waren trotz aller Anstrengungen der Rettungsmannschaften nicht gerettet worden, nur einige Leichen wurden geborgen: Matrosen und der Körper eines Mannes, der zu den Passagieren des Dampfers gehört zu haben schien. Den Namen des untergegangenen Schiffes und die der roten festzustellen gelang jedoch nicht; der Wind war gegen Morgen nach Osten umgeschlagen und hatte die Trümmer des Dampfers und die auf dem Wasser treibenden Leichen in das offene Meer hinausgetragen. Nur soviel konnte festgestellt werden, daß das geschleierte Schiff ein amerikanischer, mit einer Ladung Reis befrachteter Dampfer gewesen war.

Das war alles, was man erfuhr. Man bestim-

sich in dem einjamen Stranddors aber auch weiter nicht darum, scheiterten doch in jedem Winter in der Alt-Valder Bucht mehrere Schiffe, darunter auch solche, deren Heimat und Nation man niemals erfuhr. Die Schiffe wurden in den Ufster als verschollen angeführt, die angeschwemmten Leichen auf dem kleinen „Friedhof der Kamenlosen“, der sich nahe dem Strande befand, beerdigt, und nach wenigen Tagen waren sie und das Schiff vergessen. Nur der Tag, an dem die Leichen angeschwemmt waren oder der Schiffbruch stattgefunden hatte, wurde auf den kleinen schwarzen Kreuzen der Gräber verzeichnet; aber Wind und Wetter verwischten die Schrift sehr bald und vergessen ruhten die Kamenlosen in der fremden Erde.

Auch das Kind, das Klaas Hennig aus den Fluten der Brandung gerettet, war namenlos, heimatlos! Es war noch zu jung, um über seine Eltern und seine Heimat Aufschluß geben zu können; auch stammte es die Worte in einer fremden Sprache, die weit und breit niemand verstand und die schließlich als portugiesisch erkannt wurde. Ein sprachkundiger Lehrer vom Gymnasium des nächsten Städtchens brachte schließlich heraus, daß die Kleine Anita hieß.

Unter der sorgsamten Pflege Gesines erholte sich die kleine Anita sehr bald und wuchs gar prächtig auf. Etwas fremdländisches hatte sie in ihrem Wesen und ihrer Erscheinung: der perlische Bau der Glieder, die dunkle Hautfarbe, die fast schwarzen, lockigen Haare wiesen auf ihre südliche Abstammung hin; die großen Augen vom herrlichsten blauen Blau schienen dagegen das Erbeil eines deutschen Vaters oder einer deutschen Mutter.

Doch wie dem auch sein mochte, Frau Gesine und Klaas Hennig kümmernten sich nicht darum; sie freuten sich des lieblichen Kindes und wollten sich nicht mehr von ihm trennen, selbst als der Gemeindevorsteher Petersen den gutgemeinten Vorschlag machte, das landstremde Kind zu der alten Frau Danjen im Armenhause in Pflege zu geben, um Klaas Hennig keine Unkosten zu machen.

„Solange ich lebe“, sagte da Frau Gesine in besser Entschlossenheit, „tommt das Kind nicht ins Armenhaus, Gemeindevorsteher!“

„Und wenn sie nicht mal ins Armenhaus kommt?“ fragte der Gemeindevorsteher mit schlichtem verhehltem Spott.

„Ich denke, ihr habt kaum selbst oenus zum Zartellen für euch. Euer Boot ist ein alter Kasten, der bald auseinanderbricht, und dann seid ihr aufs Betteln angewiesen.“

„Ich kann arbeiten, versteht Gesine, während eine tiefe Blut ihr verklärtes Gesicht überstammte.

„Ja, ihr — aber Euer Mann — der sitzt lieber in den Gasthäusern herum!“

Da schlug Klaas Hennig mit geballter Faust auf den Tisch.

„Ich verbitte mir das, Gemeindevorsteher!“ knurrte er. „Das geht Euch nichts an! Und ob ich arbeiten kann, das sollt ihr bald sehen. Ich werde mein Boot neu auf-takeln oder mir ein neues Boot und neue Repe anschaffen. Ja, ja, Vorsteher, macht nur ein erkanntes Gesicht! Doch ist der Klaas Hennig für das Armenhaus nicht reif! Und du, Gesine, weine nicht. Das soll jetzt alles anders werden hier im Haus — ich sagte dir ja, das Kind hat uns das Glück ins Haus gebracht! Wir behalten die Kleine und damit basta!“

Fortsetzung folgt.

Große Truppenparade zu Ehren des Königs Aman Uchaj von Afghanistan in Öbertz bei Berlin.
Der Reichspräsident von Hindenburg, Reichswehrminister Groener, sowie der Chef der Deeresleitung General Drey wohnten dieser ersten Parade deutscher Truppenteile vor einem fremden Staatsoberhaupt nach dem Kriege bei.



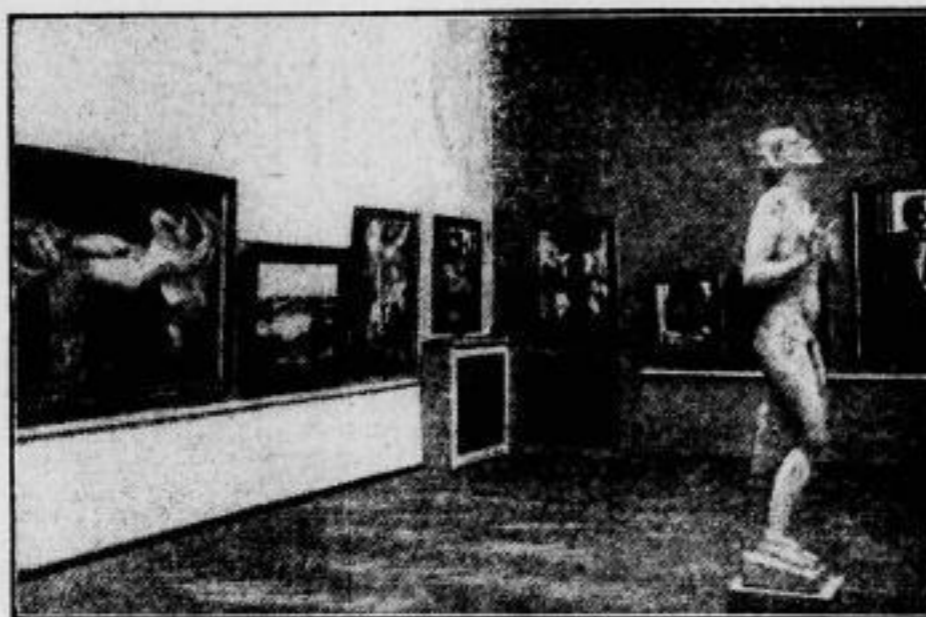
Der Reichspräsident von Hindenburg und der König von Afghanistan nehmen auf der Ehrentribüne die Parade der Truppen ab.



Kamarsch von Tank-Struppen, (der Besitz von Tanks ist dem deutschen Heere seit dem Vertrag von Versailles bekanntlich verboten).



Neue Unterrichtsmethode.
Um den Kleinen das ABC verständlicher zu machen, ist der Lehrkörper der Schule eines Berliner Städtischen Kinderheims auf den Gedanken gekommen, den Kindern je einen großen Pappbuchstaben des Alphabets zu geben und danach Worte zusammenzustellen. Der Erfolg ist ein ganz überraschender.



Ein Saal in der neueröffneten Ausstellung der Berliner Sezifion.

Vermischtes.

Bootsunfall auf der Apenrader Förde.
Bei einer Segelfahrt auf der Förde sind zwei Matrosen des im dortigen Hafen liegenden estnischen Biermalshörsers Vega verunglückt. Infolge des herrschenden Sturmes kenterte das Boot. Während sich der eine Matrose an einer Boje festhalten konnte, bis Hilfe herankam, ertrank der zweite. Die Leiche wurde von einem Lotien geborgen.

Sturm auf dem Kaspiischen Meer.
Wegen eines heftigen Sturms auf dem Kaspiischen Meer mußte die Schifffahrt in den persischen und russischen Häfen eingestellt werden. Auf der Meeres- und Luftschifffahrt ist eine Nacht geteilt, wobei 12 Personen, darunter der Chef der kaiserlich-persischen Flottenverwaltung, ertrunken sind.

Nach immer Minengefahr in der Ostsee.
Nach privaten Meldungen aus Reval sind während der letzten Stürme vier Minen an die Nordküste Estlands getrieben worden. Seit dem 1. Januar dieses Jahres wurden nicht weniger als ein Dutzend treibender Minen in den estnischen Gewässern gefischt und unschädlich gemacht. Es dürfte sich dabei aller Wahrscheinlichkeit nach um Minen handeln, die während des Krieges in 30 Meter Tiefe und darüber gegen die Unterseeboote gelegt und die nun durch die Stürme losgerissen wurden.

Mord in der Bukarester Gesellschaft.
Eine Dame der vornehmen Gesellschaft, Frau Leonida, wurde von einem in Bukarester Kreisen sehr bekannten Mann namens Gaetan ermordet. Der Täter verweigerte die Entschuldigungen, ergab sich aber, als dies aussichtslos erschien, der Polizei. Der Fall erregt besonders Aufsehen, weil das Opfer der Tat in dem Haus der Juwelen der Ermordeten, die einen Wert von 800.000 Lei haben, zu erlöchen ist.

Der Ueberfall auf den Chicagoer Vorort.
Die Verhaftung von fünf der sieben Räuber, die einen Vorortzug in der Nähe von Chicago überfallen hatten, erfolgte auf eine Angabe, die die Frau eines der Banditen freiwillig der Polizei gemacht hatte. Ein großer Teil des gestohlenen Geldes, 26.000 Pfund Sterling, wurde wieder gefunden.

Der Selbstmord Kleckas.
Aus Prag wird gemeldet: Gegenüber den Behauptungen der tschechischen Gemeinde, daß der an dem Ueberfall auf den Ministerialrat Dr. Borel beteiligte Kleckas, wie er in seinem Brief an den Faschistenführer Saida mitgeteilt habe, den Selbstmordversuch infolge einer Depression unternommen habe, weil er das polizeiliche Protokoll über sein Geständnis unter Drohungen unterzeichnet habe, stellt die Polizei-Korre-

spondenz fest, daß Kleckas seine Aussagen ohne jeden Druck abgegeben hat.

Ein Fuhrwerk von einem Güterzuge überfahren.
Aus Bielefeld wird gemeldet: An einem Bahnübergang in der Nähe von Lüneburg wurde ein mit zwei Pferden bespanntes Fuhrwerk von einem nach Bielefeld fahrenden Güterzuge erfaßt. Das Fuhrwerk wurde vollständig zertrümmert. Die beiden Fuhrleute erlitten schwere Verletzungen; einer von ihnen ist inzwischen gestorben, während der andere in Lebensgefahr schwebt. Der Bahnübergang hat keine Schranke.

Szurteilung eines Fahnen Diebes.
Das erweiterte Schöffengericht in Eisen verurteilte den dem Roten Frontkämpferbunde angehörenden Richard Rauwin zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust. In der Nacht zum 2. Oktober v. J. hatte eine Gruppe von Rotfrontkämpfern eine Anzahl von Fahnen, die zu Ehren des Geburtstages des Reichspräsidenten gestiftet waren, mit Gewalt heruntergeholt. Von den Tätern hatte man nur Rauwin ermitteln können.

Durch explodierende Medizin getötet.
Aus Weiden wird gemeldet: Die 27 Jahre alte Maria Glaser aus dem nahen Rothring wollte ein Fläschchen mit einem Abführmittel, das sie sich aus einem Behälter schenken lassen, von hier über die Grenze schmuggeln. Sie hatte das Fläschchen auf der Brust verborgen. Kurz vor der Abfahrt des Zuges explodierte infolge der Körperwärme das Fläschchen. Die heiße Flüssigkeit rann dem Mädchen, das aus dem Zuge stürzte, am ganzen Körper herunter und verbrannte so schwer, daß es nach zwei Stunden unter größtem Schmerzen starb.

Neuer Ausbruchversuch Franz Kirchs.
In einer der letzten Nächte hörte man auf dem Gefängnishof in Potsdam in der Lindenstraße plötzlich ein lautes Klirren. Eine Fenster Scheibe war auf den Hof gefallen. Die sofortige Untersuchung ergab, daß der dort im Gefängnis untergebrachte berüchtigte Ein- und Ausbrecher Franz Kirchs die Stäbe seines Hellenfensters mit einer Säge durchgeschnitten hatte. Kirchs hatte sich bereits mit einem Teil seines Körpers durchgeschnitten. Der nächste Ausbruch wurde verhindert, und Kirchs ist jetzt bis zur Herzsverhandlung, die nächsten vor der Potsdamer Strafkammer vor sich geht, in Fesseln gelegt worden.

2000 Gläubiger Bergmanns kommen zusammen.
Der Konturschlichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Amtsgerichtsrat Ritter, hat zu kommenden Mittwochs die erste Gläubiger-Versammlung in dem Kontursverfahren gegen das Lombardhaus Bergmann einberufen. Mehr als 2000 Personen, die die festgestellten Forderungen gegen das Lombardhaus Bergmann einbringen, sind hierzu einzuladen. Die Gläubiger kommen aus allen Teilen des Reiches. Bergmann wird durch die Rechtsanwälte Dr. Fehlowicz und Dr. Jöhlen-

berg vertreten. Nach den bisherigen Feststellungen betragen die Bergmann'schen Forderungen 3,2 Millionen. Im Aktien sind demgegenüber etwa eine Million vorhanden. Die größte Einzelforderung haben die Grafen von Schwerin mit 300.000 Mk. angemeldet, Major a. D. von Hindenburg hat 40.000 Mk. zu verlangen.

Ein Berliner Deputationschef in Köln verhaftet.
Der im Dezember vorigen Jahres aus Berlin nach Unterabteilungen gelohene Kassierer des Bundes der Auslanddeutschen Gustav Kadeimann stellte sich freiwillig der hiesigen Kriminalpolizei und wurde in Haft genommen. Der Festgenommene hatte den Bund nach und nach um Beträge von zusammen etwa 30.000 R-M. geschädigt, die er bei Wetten und Spielen durchgebraucht haben will.

Unwetter in Spanien.
Die Presse berichtet, daß an den Küsten des Mitteländischen Meeres und in den südlichen Gebieten an der atlantischen Küste durch Unwetter schwerer Schaden angerichtet wurde. Mehrere Flüsse sind derartig gestiegen, daß man Verorganisse hat. Waldbrand bei Köln. Auf bisher unauffällige Weise gerieten am Sonntag gegen 2 Uhr einige Quadratmeter der bei Köln gelegenen Wabner Weide in Brand. Der Wind unterfachte das schnell um sich greifende Feuer. Als erste Hilfe eilten aus einigen Kilometer Entfernung Pfadfinder herbei. Mit großer Mühe wurden die des Feuers Herr. Durch den Qualm und die teilweise ortsmannshohen Flammen erlitten mehrere Pfadfinder leichte Brandwunden.

Unwetter in Spanien.
Die Presse berichtet, daß an den Küsten des mittelländischen Meeres und in den südlichen Gebieten an der atlantischen Küste durch Unwetter schwerer Schaden angerichtet wurde. Mehrere Flüsse sind derartig gestiegen, daß man Verorganisse hat. — Nach einer Meldung des Journal aus Madrid wurde eine ganze Zigeunerlarawane beim Ueberqueren eines reißenden Flusses in die Fluten gerissen; vierzehn Mitglieder der Karawane sind ertrunken, darunter fünf Frauen und fünf Kinder.

Zum Untergang der „Herbert Hals“.

Kopenhagen.
Der Untergang des deutschen Fahrzeuges „Herbert Hals“ ist immer noch in möglichem Dunkel gehüllt. Da das Rettungsboot leer war und keine Leichen gefunden wurden, rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Bräutigam von einem Schiff aufgenommen worden oder in der Folge dem Seegang zum Opfer gefallen ist. „Herbert Hals“ ist von Kapitän Herbert Barthens aus Hamburg geführt worden.

Politische Tagesübersicht.

Moskau zum schändlichen Manifest. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Manifest der russischen Regierung in Moskau heftigsten Protest hervorgerufen. Der deutsch-österreichische Konflikt sei, das östliche Manifeste der russischen Regierung nicht nur vorübergehend überlegt, sondern auch das Verhältnis Östlands zu Westland sei fern, das der Einkick Polens in den baltischen Staaten bedeutend angenommen habe. Die östliche Außenpolitik führe nicht nur zur Isolierung Östlands von Westland und Deutschland, sondern auch zur Isolierung von den übrigen Mandatstaaten. Dieser Kurs der russischen Regierung schließe eine Annäherung zwischen Moskau und Berlin aus.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter gegen die Waffenentlastungen im Saarbergbau. Der Sachverständigenrat des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter nahm eine Entschließung an, in der u. a. der Entlastung der Saarbergwerke, ohne das Ergebnis der Berliner Verhandlungen abzuwarten, etwa 4000 Bergarbeiter zum 1. März entlassen wird. Weiterhin protestiert eine Entschließung der Jahreskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gegen die Waffenentlastungen im Saarbergbau. Sie verlangt von der Regierungskommission eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und den Anschluss an die deutsche Sozialversicherung.

Unbearbeitete Hartnäckigkeit der Besatzung in Mainz. Im Laufe der in der letzten Zeit mit der Besatzung gepflogenen Verhandlungen über die Räumung beschaubarer Gebäude zeigte sich, dass die Besatzung hartnäckig an ihrem Besitz festhalten will, ohne die Besatzungsmächte um die Räumung der Gebäude zu bitten, ohne gleichzeitige wirtschaftliche aus der Besatzung geschädigt, da sie der Räumung nunmehr nicht mehr Herr werden kann und sich zwingen sieht, dringende Aufgaben und viele Wirtschaftsvorhaben zu lassen. Obgleich eine Reihe von Wohnungen und Gebäuden seit längerer Zeit von der Besatzung nicht mehr benutzt werden, wird die Besatzung in Mainz halten will, sonst wäre eine solche unnachgiebige Haltung einfach unerklärlich.

Der Wahlterror in Oberschlesien. Je näher die Wahlen zum polnischen Sejm und Senat rücken, umso heftiger wird der Kampf des Volentes gegen alle Deutsche. So ist in der Nacht vom Sonntag zu Montag ein Anschlag gegen die Wohnung des Kandidaten der deutschen Wahlgenossenschaft, Obersteiger Wina, in Bogutisch verübt worden, wobei sämtliche Fensterheben der Wohnung zerstört wurden. In Tolsdorf wurde ein deutscher Stimmzettelverteiler zweimal überfallen, mißhandelt und ihm eine Aktentasche geraubt. Als er bei der Polizei erschien und um Aufnahme eines Protokolls bat, wurde ihm erklärt, dass dies nicht notwendig sei, da er nicht der letzte Deutsche sei, der überfallen worden ist.

Rechtsanwalt Nuss heftigster Befehls in Berlin. Nuss wird mitgeteilt: Der Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Nuss aus Berlin ist zum Reichsgericht ernannt worden.

Wahlkreis sucht Verursachter. Ueber die Erklärungen des Kriegsministers Bäumler zum Wehrdienstgesetz in der Senatskommission ist nur so viel durchgedrungen, dass er energig für die Einstellung von 108.000 Berufssoldaten eintritt, die bekanntlich eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Verfassung der Dienstzeit in Frankreich ist. Wie es um die Aussicht für die einjährige Dienstzeit bestellt ist, geht allein schon aus der Tatsache hervor, dass trotz der gebotenen Vorteile für die Kapitulanten die Armeen zahlreiche offene Stellen aufweisen. Am 1. Januar 1928 betrug die Zahl der Berufssoldaten 72.880. Man hofft mit dem neuen Wehrdienstgesetz weitere 3000 einstellen zu können, jedoch immerhin noch 30.000 fehlen würden.

Staatssekretär von Zambert beim Reichspräsidenten. Der Herr Reichspräsident empfing den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. von Zambert zum Vortrag über die bevorstehende Tagung des Völkerbundrates.

Ans der Diplomatie. Der Maj. rumänische Gesandte Petresco-Comnen hat, wie gemeldet, Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Arvelian die Geschäfte der Gesandtschaft.

Vor der Ernennung des britischen Botschafters in Berlin. Wie verlautet, hat die englische Regierung bei der deutschen Regierung auftragen lassen, ob Sir Horace Kimbrough, der britische Botschafter in Madrid als Botschafter in Berlin persona grata sein würde.

Zwei Reichsdeutsche in rumänischer Kriegsgefangenschaft. Die Internationale Rotkrois-Vereinigung teilt mit: Im Auftrag des Präsidenten der Rotkrois-Vereinigung wurden die beiden Reichsdeutschen Paul Balzer und Hans Dollinger nach Cuz in Rumänien geschickt, um dort in Gefahr befindliches Eigentum der Gesellschaft gerichtlich schützen zu lassen. Es handelte sich dabei um ein Vorhaben gegen einen rumänischen Schuldner. Dieser hat die gerichtliche Einkreterung der beiden Deutschen erreicht, indem er sie beschuldigte. Der Teil Rumäniens, in dem sich

die beiden Deutschen befanden, sind gerade unter Besatzungsmacht. Die Einkreterung haben seit dem 15. d. Mts. im Hungerprotest. Die Rotkrois-Vereinigung fordert durch ihren Präsidenten J. A. Nuthofer, Brooklin, entsprechende Maßnahmen zum Schutze der beiden Reichsdeutschen.

England und der Film „Der Weltkrieg“. Im Unterhaus fragte der Abgeordnete Morrison Chamberlain, ob seine Aufmerksamkeit auf die Aufführung eines Films mit dem Titel „Der Weltkrieg“ durch deutsche Spielfilmarbeiter gelenkt worden sei, ob er wisse, dass in diesem Film Ereignisse und Zwischenfälle wiedergegeben wären, deren Genauigkeit von den amtlichen britischen Berichten nicht bestätigt wäre, und ob, da einige dieser Zwischenfälle dazu geeignet wären, den Deutschen das gegen Großbritannien und seine Alliierten zu verweigen, er sich mit der deutschen Regierung zum Zweck der Zurückziehung dieses Films in Verbindung setzen würde. Chamberlain antwortete, das einzige, das er von diesem Film wisse, sei, dass die Rheinlandkommission ihn im besetzten Gebiet verboten habe.

Bertragung der Endabstimmung über die Freigabe des Auswärtigen Amtes. Der Senat verlegte gestern wegen der Abwesenheit des Senators King (Miss), der bei früheren Beratungen der Freigabe des Auswärtigen Amtes opponiert hatte, die Endabstimmung über das am Freitag zwischen den Delegierten beider Häuser erzielte Kompromiss auf morgen. — Das Oberste Bundesgericht hat die Verhandlung der Prozesse, die deutsche Schiffahrtsgesellschaften wegen der Beschlagnahme von auf dem 20. April verlegt, um das Inkrafttreten der Freigabe des Auswärtigen Amtes, die die meisten dieser Prozesse erledigen würde, abzuwarten.

Justizstrafen für Verbreiter kommunistischer Aufrufe in Pommern. In Schaulen hatten sich sechs Kommunisten wegen Verbreitung kommunistischer Aufrufe in Pommern vor dem dortigen Bezirksgericht zu verantworten. Einer der Angeklagten wurde zu sechs Jahren und zwei zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen und gegen einen das Verfahren ausgesetzt. In Romm wurde ein Schriftsteller wegen Verbreitung kommunistischer Proklamationen ebenfalls zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Die deutschen Sozialdemokraten Nordbaltisches protestieren. Wie aus Dabersleben gemeldet wird, haben am Sonntag in Nordbaltisches 23 sozialdemokratische Protestversammlungen stattgefunden, in denen 46 Redner zu Worte kamen. Es wurde eine gleichlautende Entschließung gefasst, in der es heißt, dass die nordbaltischen Arbeitervereine wegen der Gleichgültigkeit und Passivität der baltischen Regierung gegenüber der Notlage des Landes protestieren. Ferner müsse dagegen protestiert werden, dass die Arbeitslosen dazu gezwungen werden, sich an die Armenpflege zu wenden. Die Regierung müsse vor allen Dingen dafür Sorge tragen, dass Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Ebenso müssten alle Schritte getan werden, um Mittel zu finden, die geeignet seien, das Wirtschaftslieben in Nordbaltisches aus der Todesstille zu erwecken. Solange aber die Arbeitsmöglichkeiten nicht vorhanden seien, müsse die Regierung dafür Sorge tragen, dass der Arbeiterkampf in Nordbaltisches ein menschenwürdiges Dasein ohne Unterdrückung durch die Armentasse ermöglicht werde.

Personalveränderungen in China. Nach den Berichten aus Peking ist als Ergebnis der verschiedenen Konferenzen General Tchang-Chung-Tschang zum Befehlshaber der Streitkräfte in Schantung und Tschili ernannt worden, während General Sun ihn als Gouverneur von Schantung absetzt wird. Die Ernennung bedeutet einen wichtigen Schritt in der Abwicklung der militärischen Gouverneure durch Junggouverneure in dieser Provinzen. In Kanton wurde Ho-Wen-Kan zum Außenminister an Stelle von Wang ernannt, der das Justizministerium übernommen hat.

Die Reise Brlands nach Genf. Briand wird Paris am Sonntag vormittag verlassen, um sich nach Genf zu begeben. Er wird von dem Generaldirektor im Ministerium des Innern, Berthelot, begleitet sein, der zum erstenmal an den Arbeiten des Völkerbundes teilnehmen wird.

Eine Auslandsanleihe Norwegens. Das Storting genehmigte heute einen Vorschlag des Finanzkomitees, die Regierung zu ermächtigen, eine Dollar-Anleihe bis zum Betrag von 120 Millionen aufzunehmen, nachdem der Ministerpräsident die Erstellung dieser Ermächtigung an einer Ratsentscheidung gemacht hatte.

Die Spekulationsangelegenheit im Foreign Office. Aus London wird gemeldet: Auf Grund der Untersuchungen, die die Regierung im Zusammenhang mit einem Prozess angeordnet hatte, in dem es sich um die Spekulationen einer Frau in fremden Devisen handelte, ist der Hilfs-Untersuchungssekretär Gregory aus dem Dienst entlassen worden. In derselben Angelegenheit sind noch zwei höhere Beamte des Foreign Office gemahnt worden. Die Bemerkungen Baldwin und Chamberlain zu dieser Sache sprechen zwar von einem schweren Dienstvergehen der betreffenden Beamten, legen aber hinzu, von einer Behauptung oder Verwendung dienstlicher Informationen könne keine Rede sein.

Die Rundgebung von Sibirien im Jänner. Die Rundgebung von Sibirien im Jänner im Wiener Nationalrat über Sibirien und die internationale Diskussion, die über das Sibirienproblem eingeleitet hat, wurde die für gestern abend im Jänner geplante große Rundgebung abgesetzt.

Die Schulferien der Deutschen Reichsarmee. Eine Deputation des deutschen Schulvereins in Nordbaltisches mit dem Abordneten Pastor Schmidt-Wobber an der Spitze hat dem baltischen Unterrichtsminister die neuen deutschen Schulferien überreicht. Die Antwort soll während im Laufe dieser Woche erfolgen.

Streik in der Saarindustrie. Die Arbeiterchaft der saarländischen Zink- und Blei- und Eisenwerke hat die Arbeit wegen Lohnforderungen niedergelegt. Circa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen am Ausstand teil.

Erziehung russischer Spione. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das oberste Gericht in Tiraspol fünf russische Spione, die mit dem rumänischen Generalstab in Verbindung gehalten haben, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Einem dieser Spione war es gelungen, wichtige Papiere aus der Garnisonverwaltung von Tiraspol zu entweihen.

Barmats Verteidiger beantragt Freisprechung.

von Berlin. Am Montag plädierte im Barmat-Prozess H. A. Schwerens für seinen Mandanten Julius Barmat. Er schäuferte eingehend dessen Verbrechen und verlas einen Brief, den der damalige Reichsanwalt Bauer während des Kampfes am 26. März 1920 aus Stuttgart, worin die Reichsregierung geklärt war, an Barmat geschrieben hat. Darin wird Barmat der Dast der Reichsregierung dafür ausgesprochen, dass er trotz des unklaren Ausgangs des Kampfes der verfassungsmäßigen Regierung die Forderung von Lebensmitteln um in Höhe seines gesamten Vermögens angeboten hatte. Im übrigen sei bei Barmat eine Parallele mit Stinnes angebracht. Die Barmatschen Unternehmungen wären ebensowenig wie der Stinnes-Rouren zusammengebrochen, wenn nicht junge Staatsanwalts-Mitglieder plötzlich haar eingegriffen hätten. Der Verteidiger kam zu dem Schluss, dass die Beweisführung der Staatsanwaltschaft lückenhaft und die Schuldfrage gegen Barmat zu verneinen sei.

Zur Miß-Gabel-Angelegenheit.

Das Ergebnis der englischen Untersuchung über die Einrichtung der Miß-Gabel.

London. Der „Evening Standard“ veröffentlicht ein Schreiben des Juristen Manly, der 1918-1919 Mitglied des Untersuchungsausschusses für die deutschen Kriegsverbrechen war. Er berichtet darin, dass Ende des Jahres 1919 ein einmündiger Mann erannt worden, um den Gabel-Prozess und die Einrichtung der Miß-Gabel zu prüfen. Dieser Untersuchungs-Mann sei zu dem Schluss gekommen, dass das Gericht berechtigt war, die Miß-Gabel abzurufen, begangen hatte und das das Gericht nach deutschem Recht die Verurteilung hatte, sie zum Tode zu verurteilen. Dieser Bericht sei vom Vollausschuss entgegengenommen und angenommen worden.

Sarnen, Sport, Spiel, Wandern.

Rieser Sportverein e. V. Abteilung für Jugendpflege.
Rieser Sportverein 2. Junioren - S. W. Mägeln 1. Junioren 2:1 (0:1).

Unter unter Leitung fanden sich vorgenannte Mannschaften im Verbandsspiel gegenüber. Knapp gelang es den Waidseggern den Spitzenreiter der 2. Juniorenklasse zu schlagen. Durch diesen Sieg ist für die 2. Junioren die Möglichkeit vorhanden, mit den Mägeln auf gleiche Punktzahl zu kommen, wenn das letzte noch ausstehende Verbandsspiel gewonnen wird.

Marktberichte.

Amlich feinste Preise an der Produktienbörse zu Berlin am 27. Februar. Getreide und Mehlwaren pro 1000 kg, fest pro 100 kg in Reichsmark. Weizen, märkischer 229-233, pommer. — Roggen, märkischer 234-238, märkischer, neu — pommer. — Gerste, Sommergerste 221-230, neue Wintergerste — Oster, märkischer 215-226, schlesisch. — Hafer, loco Berlin 224-226, Waggon frei Hamburg — Weizenmehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über Ost) 29,75-31,25. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad 31,25-34,25. Weizenmehl pro 100 kg Berlin 15,75. Nougat, fr. Berlin 15,40-15,60. Kaps — Weizenbrot b. 36,00. Butterbrot 26,00-27,00. Weizenbrot 20,00-20,50. Kaffeebohnen 20,50-21,50. Weizen 21,00-22,00. Luzerne, blau 14,00-14,75, gelbe 15,25-16,00. Erbsen, neu 20,00-23,00. Kaffeebohnen 18,75, 19,50-19,60. Weizenbrot 37, 22,70 bis 24,80. Zuckerkaffee 12,80-13,00. Caca-Extrakt 45, 21,60-22,00. Kartoffelkoden 33,40-33,70.

Amtliches.

Auf Blatt 698 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Firma Tagfabrik Gebr. Müller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Reibain-Lager, ist am 27. Februar 1928 eingetragen worden: Der bisherige Geschäftsführer Wertmeister Friedrich Wilhelm Vaul, eingetragene in Köpchenbroda ist ausgeschieden. An seiner Stelle ist der Kaufmann Martin Erhard Mead in Habelschum zum Geschäftsführer bestellt worden.

Amtsgericht Riesa, den 28. Februar 1928.

Mittwoch, den 29. Februar 1928, vormittags 11 Uhr, soll in Riesa (Waldhof) ein dreiteiliger Weidenkrat versteigert werden.

Riesa, am 28. Februar 1928.

Der Gerichtspollzeiler des Amtsgerichts.

Der heutige Tagblatt-Ausgabe liegt „Neuer Modeblatt“ Nr. 15 „Die Dame“ vom Modehaus Henner, Dresden-N., Altmarkt 12, bei.

Suche Laden
30-40 qm, in belebter Straße, möglichst mit zwei Schaufenstern, zu mieten. Angebote unter J 1116 an das Tagblatt Riesa.

Ein möbl. Zimmer
mit Wasser von 10. Herrn gesucht. Off. unt. L 1118 an das Tagblatt Riesa.

Möbl. Zimmer u. Verm.
zu erst. im Tagebl. Riesa.

Christl. Weib. Mädchen
(mögl. schulfrei) für sofort als Aufwartung gesucht. Blumengeschäft H. Rehler, Gröb.

17-jähriges Mädchen
im Nähen und Wägen bewand., sucht Stellung. Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Schulfreies Mädchen
findet lohnende Beschäftigung. Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Hento-Bleichsoda
zum Einweichen der Wäsche nur

Hento-Bleichsoda macht das umständliche Vorwachen der Wäsche überflüssig. Lieberlegen Sie bitte, wieviel Zeit und Arbeit Sie dadurch sparen können.

Christl. Weib. Mädchen
schulfrei, sof. od. 15. März gesucht.
K. Schmale, Gartenbaubetrieb, Oschatz.

Christl. Weib. Mädchen
schulfrei, sof. od. 15. März gesucht.
K. Schmale, Gartenbaubetrieb, Oschatz.

Christl. Weib. Mädchen
schulfrei, sof. od. 15. März gesucht.
K. Schmale, Gartenbaubetrieb, Oschatz.

Autogarage
mit Fachkenntnis für sofort gesucht.
Salchow
Bismarckstr. 46b, 1.

Mädchen
für Haus- und Landwirtschaft wird gesucht. Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Frau od. Fräulein
als Haushilfe zur Bedienung gesucht.
Hotel Stadt Dresden.

Aufwartung
Mädchen von 16 Jhr. wird per 1. od. 15. März gesucht.
Restaurant
Karlshofstr. Riesa.

Hausmädchen
wegen Verheiratung des jetzigen Mädchens wird für Haushaltsaufsicht für 1. Mai ein Hausmädchen nicht unter 19 Jahren, gesucht.
Otto Richter, Neuwohla
Lange Straße 10.